

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

## Der Brand der Belgrader Moneda

Wir kennen ihre Szenarien: Mal heißen sie „Prager Frühling“, mal „samtene Revolution“, mal „Heldenstadt Leipzig“. Mal schlagen sie Salvador Allende und Nicolae Ceausescu ans Kreuz. Wir kennen ihre Torte. Mal heißen sie Budapester Parteizentrale, mal Moneda in Santiago de Chile, mal Weißes Haus in Moskau. Wir kennen ihre Szenaristen: Sie sitzen in Langley und Pullach, in den Stäben der CIA und des BND. Wir kennen ihre Drahtzieher: Sie amtieren im NATO-Hauptquartier und in den Regierungen von Washington über London und Paris bis Berlin. Wir kennen ihre Hintermänner: Ihre Festungen sind Weltbank und IWF, Unternehmerverbände und Börsen. Wo sie ihre Saat ausbringen, keimt die Konterrevolution. Vor zehn Jahren hat sie unser Land überzogen und in den Abgrund gestürzt. Zu ihr gehören irreführende, aufgeputschte, verblendete, verdummte Massen, die ihre eigene Zukunft unter Jubelgesängen zu Grabe tragen. Das mächtigste Sturmgeschütz des Klassenfeindes ist die Lüge - hunderttausendfach potenziert durch die Schubkraft seiner Medien, die Tag für Tag aus Schwarz Weiß und aus Weiß Schwarz machen, wenn es gegen Rot geht.

In Belgrad ging und geht es gegen Rot, um Weiß endgültig zu etablieren. Der Schlag richtete sich von Anfang an gegen die linkspatriotisch-sozialistische Regierung Milosevic, zu der auch die Kommunisten in der JUL gehörten. Sie sollte schon vor Jahren weggeputscht werden. Denn Milosevic stand und steht für Jugoslawiens nationale Interessen. Er hat den NATO-Bomben getrotzt, ist nicht zu Kreuze gekrochen, bot dem Imperialismus die Stirn. Sie wollen ihn lieber heute als morgen in Stücke reißen, sprechen von einer „rumänischen Lösung“, haben Chile im Hinterkopf.

In Belgrad hat die Moneda gebrannt. Wie einst der Reichstag. Sie haben das Parlament angesteckt - als Fanal weißer Gewalt. Denn dort, wo es ans Ausräuchern der „Roten“ geht, herrscht Konterrevolution. Jugoslawien soll zum Vasallen der NATO werden, ein Satellitenstaat bei der Einkreisung Rußlands und auf dem Weg zum Kaspischen Öl. Die letzten Verteidigungs-nester des Sozialismus - so deformiert er auch gewesen sein mag - sollen fallen.

Deshalb haben sie ihre Bulldozer gegen die oberste Volksvertretung in Marsch gesetzt. Deshalb haben sie den „angesehenen Rechtsprofessor“ Kostunica aus der Trickkiste geholt und als „USA-Kritiker“ verkleidet auf die Marionettenbühne geschickt. Deshalb bemühen sie den Abschaum ihrer Agenten Djindjic und Draskovic.

Wie immer auch die Wahlen ausgegangen wären - ihr Ergebnis stand schon vorher fest. Gefälschte „Meinungsumfragen“ bahnten ihm den Weg. Die Peitsche neuer Bombendrohungen zeigte Wirkung. Und das Zuckerbrot der sofortigen Aufhebung des Embargos bei „freier Willensentscheidung“ für den Kandidaten ihrer Fassung. Einmal mehr gingen die Massen in die bewährte Bananenfalle.

Doch frech ignorierten die Regisseure des Spiels die Entscheidung des Wählers: Denn - auch wenn Milosevic bei der Präsidentschaftswahl unterlag - mehr als die Hälfte aller Jugoslawen votierte für die Parlamentskandidaten seiner Sozialistischen Partei. Müßte die Regierung nicht auch nach westlichen Standards von denen gebildet werden, die die meisten Sitze erhielten? Wieviel von den 77 Millionen Dollar der CIA und den angeblich nur 16 Millionen DM des BND, die in den jugoslawischen Wahlkampf gesteckt worden sind, zweigte man für den Ankauf von Deputierten ab, um die Mehrheitsverhältnisse zu ändern? Warum verschweigt man, daß die gesetzliche Amtszeit des „gestürzten Diktators“ - des vom Parlament demokratisch gewählten Präsidenten - noch bis zum Juni 2001 gegangen wäre?

In Belgrad läuft eine Geheimdienst-Show mit hunderttausenden Statisten ab, die sich ihrer Rolle nicht bewußt sind und in dem naiven Glauben handeln, selbst die Hauptdarsteller zu sein. Für den Fall, daß sich die schöne Kulisse der „Demokratie“ nicht aufrechterhalten läßt, setzt die NATO auf Bürgerkrieg und Intervention zur Zerschlagung eines unabhängigen Serbien. Was sie durch den Luftterror von außen nicht erreicht hat, soll nun die innere Konterrevolution besorgen. Terror droht. Weiß gegen Rot. Rechts gegen Links. Das makabere Spiel ist blutiger Ernst. Es heißt Klassenkampf.

S. R.



<b>Brand der Belgrader Moneda</b>	S. 1
<b>Befehl zum „Blitzkrieg“</b>	S. 2
<b>Die Sache muß reifen</b>	S. 3
<b>Wer läßt die Nazis von der Kette?</b>	S. 4
<b>„Der Westen sieht Kostunica vorn“</b>	S. 5
<b>Das Kapital vernebelt die Gehirne</b>	S. 6
<b>Den die Feinde loben...</b>	S. 7
<b>Wo Geschichte noch zählt</b>	S. 7
<b>Raffinierte Zampanos in Nadelstreifen</b>	S. 8
<b>„Tag der Einheit“: tote Hose...</b>	S. 9
<b>Aufschwung oder Abschwung?</b>	S. 10
<b>Die Dreitachbarchlüt'</b>	S. 11
<b>Kleine Gespräche über große Fragen</b>	S. 12
<b>Worauf setzt Gabi Zimmer?</b>	S. 13
<b>Marxismus-Leninismus in Lateinamerika</b>	S. 14
<b>Castro in Harlem</b>	S. 15
<b>Besuch aus Belgien</b>	S. 15
<b>„Cunhalisten“ verteidigen Marxismus-Leninismus</b>	S. 16
<b>Wo selbst die „Rotesten“ nur rosa sind</b>	S. 17
<b>Herzliche Begegnung mit Micha Vilner</b>	S. 17
<b>„Tauwetter“ zwischen Nord- und Südkorea</b>	S. 18
<b>Hué setzt auf Ausverkauf</b>	S. 18
<b>Solveigs Lied</b>	S. 19
<b>* Reporterskizzen (28)</b>	
<b>Am Rande bemerkt</b>	S. 20
<b>Leserbriefe</b>	S. 21
<b>Infos &amp; Termine</b>	S. 24

## Wie die Hitlerfaschisten Jugoslawien überfielen

# Befehl zum „Blitzkrieg“

Berlin, 27. März 1941. Im faschistischen Hauptquartier wird in Anwesenheit von Hitler, Reichsmarschall Hermann Göring, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, General der Flieger Karl Heinrich Bodenschatz, Konteradmiral Karl Jesco v. Puttkamer, General der Artillerie Alfred Jodl, Generalfeldmarschall Walther v. Brauchitsch, Generaloberst Franz Halder, Oberst Adolf Heusinger, Reichsaußenminister Joachim v. Ribbentrop u. a. der Sturz der profaschistischen Regierung Cvetkovic in Jugoslawien zum Anlaß genommen, um gleichzeitig mit dem geplanten Überfall auf Griechenland und vor dem Überfall auf die Sowjetunion den Angriff auf Jugoslawien zu befehlen. Die faschistische Führung beschließt die Beteiligung von Italien, Ungarn und Bulgarien an der Aggression, die blitzartig geführt werden soll, und die Verschiebung des Überfalls auf die Sowjetunion in diesem Zusammenhang um vier Wochen sowie die Durchführung der Operation auf dem Balkan mit vier Hauptstößen. Aufgabe der Luftwaffe sei es, die jugoslawischen Fliegerkräfte zu zerschlagen und Belgrad einzuäschern. Der Angriffsbeginn wird ab 1. April für möglich gehalten.

(...) Führer schildert Lage Jugoslawiens nach Staatsstreich. Feststellung, daß Jugoslawien im Hinblick auf kommende

Marita-Aktion und erst recht spätere Barbarossa-Unternehmung ein unsicherer Faktor war. Serben und Slowenen sind nie deutschfreundlich gewesen. Regierungen sitzen wegen Nationalitätenfrage und zu Staatsstreichen neigender Offiziers-Kamarilla nie fest im Sattel. Land besaß in der Gegenwart nur einen starken Mann, Stojadinowitsch, den Prinzregent Paul zu seinem eigenen Nachteil stürzen ließ.

Zeitpunkt für die Erkenntnis der wirklichen Lage im Lande und dessen Einstellung zu uns ist sowohl aus politischen wie aus militärischen Gründen gesehen für uns günstig. Wäre der Umsturz der Regierung während der Barbarossa-Aktion eingetreten, hätten die Folgen für uns wesentlich schwerwiegender sein müssen.

Führer ist entschlossen, ohne mögliche Loyalitätserklärungen der neuen Regierung abzuwarten, alle Vorbereitungen zu treffen, um Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen. Außenpolitisch werden keine Anfragen oder Ultimaten gestellt werden. Zusicherungen der jug. Regierung, denen für die Zukunft doch nicht zu trauen ist, werden zur Kenntnis genommen. Angriff wird beginnen, sobald die hierfür geeigneten Mittel und Truppen bereitstehen.

Es kommt darauf an, daß so schnell wie möglich gehandelt wird. Es wird ver-

sucht werden, die angrenzenden Staaten in geeigneter Weise zu beteiligen. Eine militärische Unterstützung gegen Jugoslawien selbst ist zu fordern von Italien, Ungarn und in gewisser Beziehung auch von Bulgarien. Rumänien kommt in der Hauptsache die Aufgabe der Deckung gegen Rußland zu. Der ungarische und der bulgarische Gesandte sind bereits verständigt. An den Duce wird noch im Laufe des Tages eine Botschaft gerichtet werden.

Politisch ist es besonders wichtig, daß der Schlag gegen Jugoslawien mit unerbittlicher Härte geführt und die militärische Zerschlagung in einem Blitzunternehmen durchgeführt wird. Hierdurch dürfte die Türkei in genügendem Maße abgeschreckt und der spätere Feldzug gegen Griechenland in günstigem Sinne beeinflusst werden. Es ist damit zu rechnen, daß bei unserem Angriff sich die Kroaten auf unsere Seite stellen werden. Eine entspr. politische Behandlung (spätere Autonomie) wird ihnen sichergestellt werden. Der Krieg gegen Jugoslawien dürfte in Italien, Ungarn und Bulgarien sehr populär sein, da für diese Staaten territoriale Erwerbungen in Aussicht zu stellen sind: für Italien die Adriaküste, Ungarn Banat, Bulgarien Mazedonien.

(Dokument 20 aus dem Buch „Der Zweite Weltkrieg“, ausgewählt von Dr. Kurt Gossweiler)

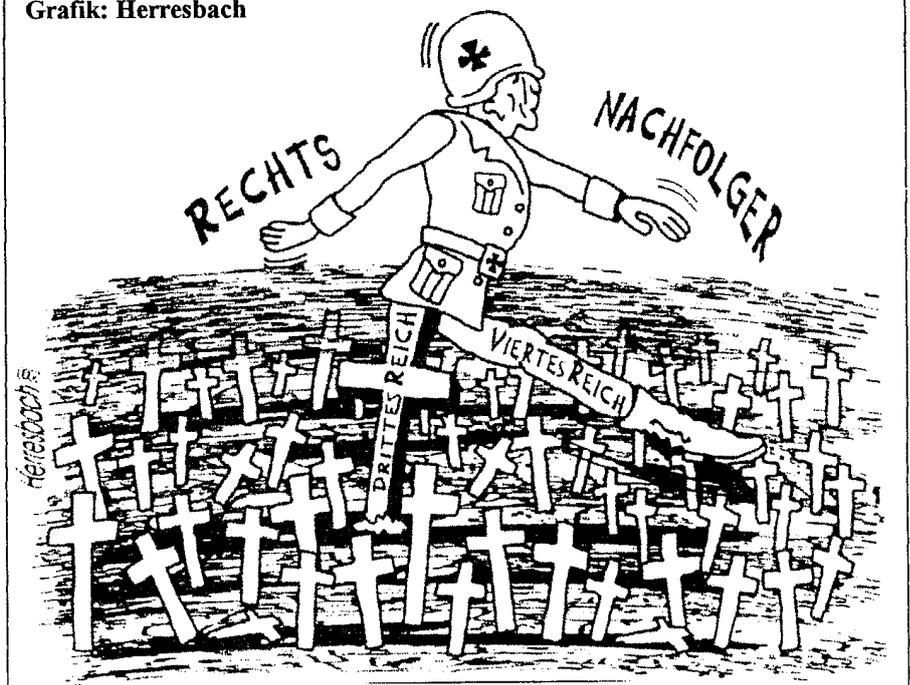
**Zum Plan der Imperialisten, Milosevic vor ihr Kriegverbrechertribunal“ zu zerren**

Gerechtigkeit auf Haager Art:  
justizfreie Justiz



Grafik:  
SHAHAR

Grafik: Herresbach



## Herausforderungen und Hürden auf dem Weg zur gemeinsamen KP

# Die Sache muß reifen

Die politische Landschaft der BRD hat sich qualitativ verändert. Der Rechtsruck etablierter Parteien ist unverkennbar. Die SPD hat aufgehört, sozialdemokratische Inhalte zu vertreten. Die Grünen sind inzwischen weder ökologisch noch basisdemokratisch, sondern eine ganz gewöhnliche bürgerliche Partei. Ihr Führer Fischer ist ein Exponent des Imperialismus. Die als „linkssozialistisch“ deklarierte PDS hat sich etabliert und im kapitalistischen System eingerichtet. Auf der Linken klappt eine Lücke. Nur die DKP und andere kommunistische Parteien, Gruppierungen oder Einzelpersonen vertreten heute in Deutschland wirklich linke Politik. Sie sind jedoch isoliert und zur Zeit ohne nennenswerten Einfluß. Zugleich ist festzustellen, daß sich die der Konterrevolution folgende Periode der Entwaffnung, Entmutigung und Resignation unter Kommunisten abschwächt und revolutionäres Selbstbewußtsein zurückzukehren beginnt. Es reifen Bedingungen heran, die die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller kommunistischen Kräfte dieses Landes in einer einheitlichen KP auf die Tagesordnung setzen. Dieses Problem bewegt viele Genossen, besonders im Osten. Denn hier wurden langjährig Erfahrungen mit einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse - der SED - gesammelt. Der RF-Artikel von Bernhard Majorow, der Gedanke der DKP-Gruppe Niederlausitz, ein „überregionales kommunistisches Forum“ zu schaffen, und andere Aktivitäten ostdeutscher DKP-Gruppen signalisieren Diskussionsbedarf. Es wächst die Erkenntnis, daß organisatorische Zersplitterung und ideologische Zerfahrenheit Deutschlands kommunistische Bewegung daran hindern, in die Offensive zu gehen.

Dem Beitrag Majorows stimme ich grundsätzlich zu. Man muß jetzt zielstrebig darauf hinarbeiten, alle Kommunisten über Etappen in einer Partei zusammenzuführen. Das hat auch der PV der DKP in seinem Brief an die Genossen der KPD betont. Diese Idee ist nicht mit Sektierertum oder Linksdoktrinarismus in Verbindung zu bringen. Sie fordert weder die führende Rolle noch die Monopolstellung einer einzelnen Partei, sondern geht davon aus, daß sich alle Kommunisten, ob und wo auch immer organisiert oder nicht, aufeinanderzubewegen.

Eine Bemerkung aus persönlicher Sicht. Von der SED kommend bin ich nach Gysis Parteiputsch Ende 1989 aus der SED/PDS ausgetreten. Später wurde ich Mitglied der DKP, nachdem der Versuch fehlgeschlagen war, größere Teile der SED-Mitgliedschaft in

einer KPD aufzufangen. Im Sinne der Beschlüsse des 12. Parteitags der DKP (Mannheim 1993) gehe ich davon aus, daß unsere Partei im Prozeß der Zusammenführung aller kommunistischen Kräfte eine aktive Rolle spielen muß.

Die Orientierung auf den Zusammenschluß der Kommunisten ist eine Vorbedingung für das Zusammengehen aller Antifaschisten und Antimperialisten. Eine starke KP mit Rückhalt im Volk könnte der Formierung eines breiteren Bündnisses kräftige Impulse verleihen. Angesichts der sich abzeichnenden Zuspitzung des Klassenkampfes besteht objektiv die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Partei. Nüchtern ist aber auch zu registrieren, daß sich diese Erkenntnis in der Arbeiterklasse bislang nur vereinzelt artikuliert. Illusionen von einer raschen Veränderung dieser Situation sind nicht angebracht. Die KP aber, um die es geht, kann man sich nur als Partei der Arbeiterklasse vorstellen. Ihre Hauptaufgabe ist es, politisches Bewußtsein in die Klasse hineinzutragen. Dazu muß sie unter den Arbeitern selbst verwurzelt sein. Das ist gegenwärtig - weder im Westen noch im Osten, sieht man von Ausnahmen ab - der Fall. Kommunisten mit hoher theoretischer Bildung, reichen Kampferfahrungen und bewiesener Standhaftigkeit sind heute in beiden Landesteilen der Arbeiterklasse kaum noch direkt zugehörig. Die Gewinnung von Arbeitern besitzt deshalb Vorrang.

Genosse Majorow hat recht, wenn er davon ausgeht, daß das Potential für die Herausbildung einer vereinigten KP im Osten konzentriert ist. Das hängt auch damit zusammen, daß der Antikommunismus in der gesamten Bevölkerung der Alt-BRD vorherrscht, während die sozialistische Erziehung der DDR-Bürger trotz aller enttäuschten Erwartungen hinsichtlich ihres Bewußtseins nicht ganz ohne Wirkung geblieben ist. Die Brutalität der kapitalistischen Restauration und deren Folgen bringen überdies verschüttet gewesenes marxistisches Gedankengut in die Köpfe zurück. Auch immer mehr jüngere Menschen beziehen antikapitalistische Positionen.

Womit beginnen? Einem „Koordinationsbündnis“, das Majorow vorschlägt, sollte die Aufnahme eines regionalen wie bundesweiten Dialogs zwischen den kommunistischen Gruppierungen und Organisationen vorausgehen. Die von der Gruppe Niederlausitz vorgeschlagenen „Diskussionsforen“ wären als Form vielleicht geeignet. Natürlich muß man auch die Frage aufwerfen: Wer soll denn überhaupt in den Dialog einbezogen werden? Entgegen der bisherigen Praxis des DKP-Parteivorstandes, sich auf „die PDS

und andere neu entstehende Parteien“ zu beschränken, müßte der Meinungsaustausch für alle sich kommunistisch definierenden Kräfte offen sein. Er sollte vorurteilslos begonnen werden. Das wird nicht leicht sein, da bisherige Erfahrungen zeigen, daß es Tendenzen des wechselseitigen Gegen-einander-Abschottens gibt, die schrittweise überwunden werden müssen. Die DKP darf sich nicht durch Erfahrungen, die sie in der Vergangenheit mit anderen kommunistischen Gruppen im Westen gemacht hat, den Blick für aktuelle Notwendigkeiten, neue Situationen und spezifische Erfordernisse im Osten verstellen. Förderlich wäre auch die Verstärkung politischer Aktionen, die schon jetzt eine tragfähige Gemeinsamkeit erkennen lassen. Dabei sollte keiner dem anderen etwas aufdrängen oder Versuche unternehmen, Erfolge für sich zu reklamieren und Fehlschläge auf das Konto der anderen zu buchen.

Verläuft der Dialog positiv, könnte das ins Gespräch gebrachte „Koordinationsbündnis“ als organisatorische Struktur für weitergehende Schritte geschaffen werden. Die komplizierteste, aber unausweichliche Phase wäre dann die einen späteren Zusammenschluß vorbereitende Klärung des Charakters der Partei, ihrer theoretisch-ideologischen, politischen und organisatorischen Grundlagen. Die von Majorow formulierten „Prinzipien“ gehören dazu. Publikationsorgane, Dokumente, Schriften usw. der Parteien lassen erkennen, daß derzeit in grundlegenden Fragen erhebliche Differenzen bestehen. Verbale Bekenntnisse zum Marxismus-Leninismus und zu einigen der „Prinzipien“ dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die inhaltliche Interpretation oft deutlich voneinander abweicht. Geduld, Hartnäckigkeit und Flexibilität werden erforderlich sein, um gemeinsam zu wissenschaftlich fundierten marxistischen Positionen zu gelangen. Bloßer Wille, ungeduldiger Maximalismus und blinder Aktionismus führen kaum zum Ziel. Die Klassenkampfpraxis und die Fähigkeit, auf Fragen der Gegenwart und Zukunft überzeugende Antworten zu geben, werden der Prüfstein sein. Die Sache muß reifen. Das bedeutet nicht, sie dem Selbstlauf zu überlassen. Denn die Zeit sitzt uns im Nacken. Eine marxistisch-leninistische Partei, eine gemeinsame und größere KP als Avantgarde der Arbeiterklasse, ist bitter nötig.

**Dieter Itzerott**

**Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.**

## Gedanken eines einstigen Buchenwaldhäftlings

## Wer läßt die Nazis von der Kette?

Wir müssen über die Ursachen des immer spürbareren Neofaschismus tiefer nachdenken. Natürlich liegen sie vor allem in der sich ständig verschlechternden sozialen Lage vieler, in der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, in der Massenarbeitslosigkeit. Diese Probleme sind im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nicht lösbar. In Deutschland werden sie verstärkt auf den Osten abgewälzt. Wer keine Perspektive hat, gerät in Verzweiflung und Wut. Diese Gefühle müßten sich gegen die Politik der herrschenden Klasse richten. Doch der Frust wird wie eh und je abgelenkt. Galt er einst den jüdischen Mitbürgern, so entläßt er sich heute am Prügelknaben Ausländer.

Dumpfer Haß wird bewußt gezüchtet. Polizei, Bundesgrenzschutz, Armee, Justiz, Verwaltung und Politiker der etablierten Parteien haben die Ausbreitung des Rechtsextremismus seit langem durch ihren Kurs der „Nichteinmischung“ oder der Beschirmung gefördert. Die Polizei verfolgt Nazi-Straftäter nur zögerlich. Werden sie festgenommen, sind sie schnell wieder draußen. Die Staatsgewalt schützt die Faschisten bei Demonstrationen gegen Antifaschisten. Ein beträchtlicher Teil der Polizei ist selbst von der rechtsextremen Ideologie beeinflusst. Die Justiz, soweit überhaupt aktionswillig, gelangt in der Mehrzahl der Fälle zu milden Strafen; oft wurden die Verbrecher auf Bewährung freigelassen und dadurch zu neuen Taten ermuntert. Führende Politiker bagatelisie-

ren die rechte Gefahr. Zusammenrottungen der NPD und anderer Neonaziorganisationen werden von den Gerichten, einschließlich des BVG, erlaubt; Aufmärsche dagegen immer wieder verboten. Eine solche Atmosphäre begünstigt das Aufkeimen der braunen Saat.

Die Förderung des Neofaschismus begann schon unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Das zeigte sich daran, daß Nazis bis in höchste Staatsspitzen aufstiegen. Sogar ein Bundespräsident war Mitglied der NSDAP gewesen, ein anderer KZ-Baumeister. Diesen Kurs als Fehler hinzustellen, der nun durch die gnadenlose Abrechnung mit Funktionsträgern der „zweiten deutschen Diktatur“ nachträglich „korrigiert“ werden müsse, ist eine böswillige Verfälschung von Tatsachen. In Wirklichkeit war der Schutz belasteter Nazis Bonner Staatsräson. Die jetzt vor Gericht gestellten DDR-Bürger aber hatten sich als Antifaschisten bewährt.

Lassen wir uns nicht täuschen: Ausländer sind nur gegenwärtig die bevorzugte Zielgruppe der Neonazis. Mit der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes wird sich ihr Terror zunehmend gegen die Linke richten. Das ist eine Lehre aus der deutschen Geschichte vor und nach 1933. Die herrschende Klasse sieht besorgt ihre Massenbasis schwinden. Die Politiker der „Volksparteien“ geraten in Verruf. Stärkste Partei ist die der Nichtwähler. So könnte eine Situation heranreifen, in der die formale bürgerliche Demokratie ihren Zweck im Interesse des Kapitals nicht mehr erfüllt. Es wird sich erneut nach einem geeigneten Instrumentarium zur Sicherung seiner Diktatur umsehen. Dieses könnte zu gegebener Zeit eine der Gegenwart angepaßte Form des Faschismus sein. Notfalls wird man den „Knüppel im Sack“ herausholen. Und ein modifizierter neuer „Führer“ ließe sich vielleicht auch finden. Haider beweist es.

Wie kann das Vordringen des Neofaschismus gestoppt, wie kann er zurückgedrängt werden? Notwendig wäre sicher das Verbot der NPD und aller rechtsextremen Zusammenschlüsse, wie das vom Parteivorstand der DKP gefordert wird. Geboten wäre eine antifaschistische Politik im Interesse der Werktätigen. Doch damit ist - realistisch betrachtet - nicht zu rechnen.

Was die Anhänger rechtsextremer Organisationen betrifft, sollten wir sie differenziert behandeln. Sicher gibt es vor allem

junge Menschen, die den Rattenfängern in gutem Glauben folgen. Ihnen genügen Phrasen wie „Treue“ und „Ehre“ oder der Slogan: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“. Sie glauben, alles werde sich zum Guten wenden, wenn „jemand“ mit fester Hand „Ordnung“ schaffe. Mit ihnen müßte man sprechen. Das aber ist schwierig, weil Linke kaum Kontakt zu Rechten haben dürften. Ich erinnere mich an eine Diskussion, die ich in den 30er Jahren mit einer jungen Frau führte, die überzeugtes Mitglied der Naziartei war. Sie versagte mir am Ende nicht die Achtung, da ich, wie sie meinte, „Edelkommunist“ sei. Ein anderes Beispiel: In den 20er Jahren saßen Kommunisten gemeinsam mit Leutnant Richard Scheringer, der mit Leutnant Ludin die illegale Naziorganisation in der Reichswehr führte, in Festungshaft. Sie diskutierten erbittert. Scheringer bekam Gelegenheit, nach Berlin zu fahren, um mit Goebbels eine Aussprache zu führen. Vor seiner Abreise erklärte er, von diesem Gespräch werde seine weitere politische Haltung abhängen. Das Ergebnis: Scheringer wurde Kommunist, war nach 1945 bis zu seinem Tode ein leitender Funktionär erst der KPD, später der DKP.

Die neonazistischen Gewalttäter haben ihre Wurzeln in den SA- und SS-Banden. Sie genießen es, Macht über Menschen zu besitzen, die ihrem Terror ausgeliefert sind. Ihre Tätigkeit ist kriminell. Sie gehören ins Gefängnis. Denn der Faschismus ist keine Weltanschauung, sondern ein Verbrechen. Das schreibt ein einstiger Buchenwaldhäftling.

**Herbert Thomas**

*Unser Autor (87) war Pressechef der Volkammer der Deutschen Demokratischen Republik.*



## Zweiter Akt der NATO-Aggression gegen Jugoslawien

# „Der Westen sieht Kostunica vorn“

Der jüngste Akt einer - seit der Zerschlagung der Spanischen Republik 1939 - in Europa beispiellosen imperialistischen Einmischung war die NATO-Offensive zur Erringung eines „Wahlsiegs der Demokratie“ in Jugoslawien. Am 24. 9. wählten die Bürger der BRJ ihren Präsidenten, ihr Parlament und die Kommunalvertretungen Serbiens. Die Wahlen waren vorzeitig angesetzt worden, nachdem beide Kammern die Verfassung geändert hatten. Damit wurde eine Direktwahl des Präsidenten sowie die Wiederwahl Slobodan Milosevics ermöglicht. Bereits diese Verfassungsänderung, die mit der notwendigen Mehrheit beschlossen worden war - die BRD erlebte übrigens weit mehr als 100 Grundgesetzänderungen - denunzierte Bundeskanzler Schröder durch den skandalösen Vergleich mit dem Ermächtigungsgesetz der Nazis. Das war zugleich der Auftakt für den Beginn einer zentral gesteuerten Kampagne des psychologischen Krieges gegen Belgrad mit dem Ziel der internationalen Delegitimierung der Wahlen. Die „öffentliche Meinung“ wurde erneut auf massive Hetze hochgefahren. Die ganze Aktion war darauf gerichtet, ein geeignetes Klima für den Sturz der links-patriotischen Führung der BRJ zu schaffen oder - falls das nicht gelingen sollte - einen Bürgerkrieg mit Eingreifmöglichkeiten für die NATO anzuzetteln.

Bis zur Bekanntgabe des Wahltermins räumten die Medien des Westens ihrer eigenen 5. Kolonne keinerlei Chancen gegen Milosevic und dessen Regierungskoalition ein. Entsprechend war die erste Reaktion von Djindjic, Draskovic & Co: vehementer Boykott. Ihre Befehlsgeber, allen voran Mrs. Albright, entschieden sich jedoch für eine andere Variante.

Die gewählte Taktik war denkbar einfach: Die NATO-Medien erklärten die Wahlen von vornherein für gefälscht. Andererseits begannen sie unter Einsatz einer ganzen Batterie plötzlich montierter eigener „Zähl-Computer“, das gewünschte Wahlergebnis „vorauszuahmen“. Um die Inszenierung glaubwürdiger erscheinen zu lassen, hatte man einen Kandidaten aufgeboden, der nicht durch offenes Bejubeln der NATO-Bomben oder „Sichverziehen ins Ausland“ kompromittiert worden war. Während Kostunica den standhaften Nationalisten gab, betätigte sich der offensichtliche BND-Agent und politische Achtgroßenjunge Djindjic als „Wahlkampfmanager. Bei „diskreten Gesprächen“ in Washington, Berlin und Budapest wurde die gesamte Opposition auf Kostunica festgelegt. Nur der montenegrinische Strohmann Djukanovic durfte aus der Reihe tanzen und die Wahl

boykottieren. In der Teilrepublik sollte nämlich auf keinen Fall gewählt werden, da sich dort schon bei der Registrierung von Unterstützern der Kandidatur Milosevics mehr Bürger eingetragen, als für Djukanovic gestimmt hatten. Andererseits konnte sich die NATO so die Option offenhalten, im Falle eines Sieges von Milosevic die Abtrennung Montenegros von der BRJ zu lancieren. Der dann zu erwartende Widerstand der jugoslawischen Bundesarmee und großer Teile des Volkes hätte die imperialistische Intervention „herausgefordert“.

Interessant sind die Details des „Wahlkampfes“ der Opposition, für den die USA - lt. „Washington Post“ - 77 Mio. Dollar bereitstellten. Er begann mit der Einrichtung eines als „Beraterzentrale“ getarnten Stabes von Dutzenden Diversionsspezialisten der CIA in Budapest. Diese rieten, sofort mit „Meinungsumfragen“ anzufangen. Bald schon wurden erste „Ergebnisse“ verbreitet. „Der Kandidat der Opposition liegt weit vor dem Amtsinhaber“, verkündete ein Rudel durch die CIA und die NATO finanzierter Zeitungen und Sender Tag für Tag. Je näher die Wahlen rückten, desto größer wurde der Vorsprung und desto häufiger boten die vom Westen implantierten „unabhängigen“ Medien und Nachrichtenagenturen ihre „Umfrageergebnisse“ an. Das Ganze geschah natürlich illegal, da das Gesetz der BRJ keine Sondierungen während des Wahlkampfes zuläßt. Clinton, Albright, Schröder, Fischer, Solana und andere vom Belgrader Stadtgericht wegen Kriegsverbrechen zu jeweils 20 Jahren Freiheitsentzug verurteilte und mit Haftbefehl gesuchte Aggressoren erklärten unter Hinweis auf die „Opinion Polls“, daß es für sie nur einen denkbaren Wahlausgang gebe: den Sturz Milosevics. Jedes andere Ergebnis sei inakzeptabel, da gefälscht. Der Höhepunkt der Einmischung in den Wahlkampf aber bestand darin, daß USA und EU drei Tage vor der Abstimmung verkündeten, bei der Entscheidung für ihre Marionette Kostunica würden sie das Embargo sofort aufheben. Das war glatte Erpressung! Die früheren DDR-Bürger kennen dieses „Bananen-Szenario“ aus eigenem Erleben!

Doch zur NATO-„Wahlvorbereitung“ gehörten auch Maßnahmen, die an Hitlers Überfall auf den „Sender Gleiwitz“ im Jahre 1939 erinnerten: In Bosnien und im Kosovo wurden Söldnerverbände und UCK-Banden mit jugoslawischen Polizei- und Armeeeinheiten ausgestattet. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, gegebenenfalls der „betrogenen Opposition“ bewaffnet zu Hilfe zu eilen und zugleich eine

Meuterei von Teilen der BRJ-Sicherheitsorgane vorzutäuschen. Nach solchem Auftakt hätten „unterstützende Handlungen“ von NATO-Truppen folgen können. Für diesen Krieg zur Eroberung und Besetzung der BRJ wurden Bereitstellungsräume in Ungarn und Bulgarien ausgewählt und kampfstärke britisch-amerikanische Flottenverbände vor der montenegrinischen Küste zusammengezogen.

Am Wahltag selbst trumpfte die Opposition gewaltig auf. Sie gab schon am Morgen bekannt, daß sie nach Schließung der Stimmlokale ihren Sieg feiern werde. Dabei nutzte sie ihr Übergewicht in Belgrad und anderen urbanen Zentren aus. Während die Gegner Milosevics schon Minuten nach dem Ende der Abstimmung bekanntgaben, der Sieg sei ihnen „nicht mehr zu entreißen“, ließen sie die Tatsache völlig außer Betracht, daß die serbischen und montenegrinischen Sozialisten die Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit gewonnen hatten, was sie dazu berechtigte, auch weiterhin die Regierung zu stellen.

Das von der CIA mit modernster Technik betriebene „Wahl-Monitoring“ lieferte der jugoslawischen Opposition, der NATO, dem Weißen Haus, Schröder, Solana und der EU-Kommission sofort die gewünschten Zahlen. Am frühen Abend, als überhaupt noch keine offiziellen Teilergebnisse vorlagen, verkündete das ZDF frech: „Der Westen sieht Kostunica vorn“. War das nicht die „Vorsehung“ im Spiel?

Die zweigleisige Taktik der Hellscher führte zu der paradoxen Nachrichtenlage, daß Kostunica einerseits als Gewinner ausgerufen und die Wahlen im gleichen Atem als gefälscht bezeichnet wurden. Doch das Paradoxe diente dem Zweck, durch gleichzeitiges Einhämmern von „Sieg“ und „Betrug“ Aktionen zum gewaltsamen Sturz des „roten Milosevic-Regimes“ propagandistisch vorzubereiten und als rechtens auszugeben. Darauf orientierte auch die Weisung an Kostunica, eine etwaige Stichwahl „abzulehnen“ und die Entscheidung auf den Straßen einiger Großstädte zu suchen.

Die NATO aber - der globale Exporteur der Konterrevolution - stand drohend parat, um die Reste des Sozialismus aus Jugoslawien hinwegzufegen. Was folgte, waren koordinierte Schritte der Aggressoren und Interventen zur Zerschlagung und Unterwerfung des bisher unbotmäßigen Balkanstaates. Für jene Hälfte der Serben, die Kostunica in der Hoffnung unterstützte, durch Erfüllung westlicher Wünsche neue Bombenwürfe abzuwenden, könnte es ein böses Erwachen geben.

**Werner Hoppe**

## Wenn Arbeiter wie Ausbeuter denken

# Das Kapital vernebelt die Gehirne

Wenn die Leser diese Ausgabe des „RotFuchs“ in Händen halten, liegen die öffentlichen Veranstaltungen zum 10. Jahrestag des 3. Oktober 1990 bereits um Wochen zurück. Schon am 29. September ging die Bundestagssitzung im Reichstag mit bemerkenswert offenen Bekenntnissen führender Politiker aller Fraktionen und der Einsetzung einer versierten „Menschenrechtskämpferin“ mit geheimdienstlichem Placet über die Bühne: Fortan werden wir nicht mehr geaukt, sondern nur noch gebirthlet.

Die Parteien wetteiferten im Herausstellen ihres Beitrages zur Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik. Dazu läßt sich bemerken: Die verkündeten Konzepte und das praktische Handeln fast aller sich zu Deutschland äußernden Politiker im abgelaufenen Jahrzehnt widersprechen den Beteuerungen von Gorbatschow und Gysi („Freche Sprüche“, S. 85/86), nicht Klassen-, sondern „Menschheitsfragen“ hätten heute Vorrang. Vielmehr entrollte sich vor den Augen aller, die weiterhin ihren Verstand benutzen, ein vielschichtiger Prozeß, den man in Anlehnung an die Analyse des Ausgangs der 1848er Revolution durch Marx und Engels nur als Konterrevolution charakterisieren kann.

Massen, nicht einzelne Personen, machen die Geschichte, auch wenn man die Rolle dieser oder jener Persönlichkeit nicht unterschätzen sollte. Das berücksichtigten die politischen Vertreter des deutschen Finanzkapitals zu allen Zeiten. Die soziale Lage der Arbeitenden und der aus dem Arbeitsleben Verdrängten in Rechnung stellend, wurden und werden den Massen unter Einsatz aller Manipulierungsinstrumente die Interessen der herrschenden Klasse als ihre angeblich ureigenen Interessen verkauft. So erklärte z. B. Schröder 1998 auf SPD-Wahlversammlungen, es ginge „den Menschen“ gut, wenn es „unserer Wirtschaft“ gut gehe. Diejenigen, die im Namen des Großkapitals regieren, müssen zwangsläufig an Probleme der Massen anknüpfen, wenn sie ihren Auftrag erfüllen und die Wähler binden wollen. Sie unterstreichen auf ihre Weise die Richtigkeit der Erkenntnis von Friedrich Engels: „Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab“. (MEW 21, S. 298) Zu solchen „Umständen“ gehörten vor allem in der zweiten Hälfte der 80er Jahre unsere mangelhafte Volksverbundenheit, das eingeständenermaßen zielgerichtete und zerstörerische Wirken des damaligen KPdSU-Generalsekretärs Gorbatschow sowie das Handeln seiner Anhänger auf deutschem Boden. Zu ihnen zählten auch die permanente Propagierung der kapitali-

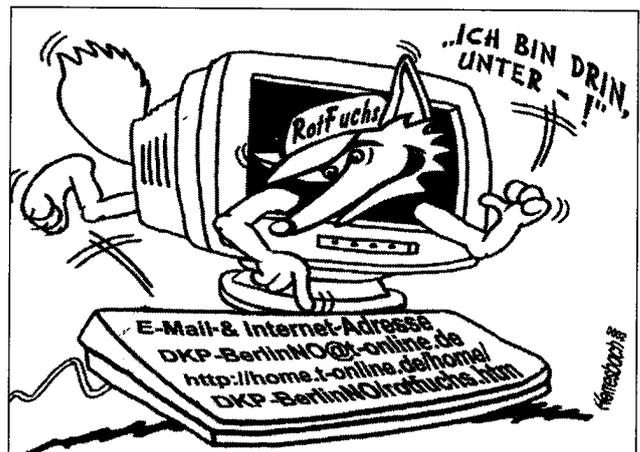
stischen Gesellschaft als der besten aller Welten, besonders durch RIAS, ARD und ZDF. Es ging den Ausbeutern um die Köpfe, um die Gehirne der Massen! Sie sollen trotz entgegengesetzter Lebensinteressen selbst wie Ausbeuter denken! Ohne eine solche Abrichtung hätten sie nach 1933 weder das Saarland, die Sudeten und Österreich „heimgeholt“ noch den Überfall auf Polen, Frankreich, die Sowjetunion und viele andere Länder verübt. So etwas funktioniert nicht ohne widerstandslose Massen von Soldaten, Polizisten usw., ohne Stabilität an den Außenfronten wie an der „Heimatfront“. Deshalb hat die SPD-geführte Schröder-Regierung, gestützt auf die Medien - heute die gefährlichste Waffengattung - der deutschen Bevölkerung die Bombardierung Jugoslawiens als Aktion zur angeblichen Durchsetzung der Menschenrechte „verkaufen“ können, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen.

Zur Berichterstattung über China schrieb mir gerade jemand, er stuft die bürgerlichen Journalisten auf seiner „Beliebtheitskala“ gleich nach den Kinderschändern ein. „Denn gegen die Verunreinigung des Gehirns - der höchstentwickelten Form der Materie und des Organs, das uns aus dem Tierreich heraushebt - kann sich die Masse der Menschheit nicht schützen. Es wird Tag für Tag von Journalisten mit Unrat vollgestopft“.

In Auswertung des deutschen Bauernkrieges und der 1848er Revolution erkannten Marx und Engels, daß die Konterrevolution schon während der Revolution einsetzt. Zu ihrer Bekämpfung gehörte nach Auffassung der beiden Klassiker auch das Auftreten gegen illusionäre Vorstellungen und bloß gefühlsmäßige Aufwallungen. Bezogen auf die revolutionären Vorgänge in Frankreich des Februar 1848 schrieb Marx Ende 1849, alle bisherigen Anhänger des Königtums „verwandelten sich damals in Republikaner und alle Millionäre von Paris in Arbeiter. Die Phrase, welche dieser eingebildeten Aufhebung der Klassenverhältnisse entsprach, war die fraternité, die allgemeine Verbrüderung und Brüderschaft. Diese gemüthliche Abstraktion von den Klassengegensätzen, diese sentimentale Ausgleichung der sich widersprechenden Klasseninteressen, diese schwärmerische Erhebung über den Klassenkampf, die fraternité, sie war das eigentliche Stichwort der Februarrevolution. Die Klassen waren durch ein bloßes Mißverständnis

gespalten und (der französische Dichter, Historiker und Politiker - E. K.) Lamartine taufte die provisorische Regierung am 24. Februar, eine Regierung, die dieses fürchterliche Mißverständnis aufhebt, das zwischen den verschiedenen Klassen besteht“. Das Pariser Proletariat schwelgte in diesem großmütigen Fraternitätsrausche“ (MEW 7, S. 21) - und wurde wenige Monate später von den „andersdenkenden Brüdern“ verraten und niedergemetzelt. So kam es - um die Rede wieder auf uns zu bringen - unter den gezielt vom Gegner geschaffenen oder durch uns mitverschuldeten Umständen dazu (man vergleiche die derzeitigen Bilder aus Jugoslawien!), daß Werktätige der DDR 1989 massenhaft auf die Straße gingen und die Beseitigung einer politischen Führung forderten, die dem Wesen und dem Inhalt nach um das Wohl des Volkes bemüht war. Sie drückten schließlich die Mauer von Ost nach West ein, wie Schröder am 29. September im Bundestag genüßlich resümierte. Im März 1990 wählten sie eine mehrheitlich antisozialistische „Volkskammer“, befürworteten im Juni die Währungsunion und Anfang Oktober die Annexion der DDR durch die BRD.

Aus der Sicht des deutschen Finanzkapitals hat die „Bürgerbewegung“ der DDR ihre geschichtliche Mission erfüllt. Daß die Stoiber, Merkel, Struck und Schulz sich öffentlich darum streiten, wer am effektivsten an der Vernichtung des Sozialismus mitgewirkt hat, ist nicht neu. Neu war indes, daß im Bundestag der bisherige PDS-Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi ebenfalls stolz auf die Beseitigung der DDR artikulierte und Zufriedenheit darüber bekundete, daß Gorbatschow und Schewardnadse die DDR damals „freigegeben“ haben. Er dankte Kohl und Schäuble ausdrücklich für deren Beitrag zur deutschen „Einheit“, was ihm die ausgestreckte Hand des Bundeskanzlers im Plenarsaal einbrachte. Bebel würde sich im Grabe umdrehen.  
Eike Kopf



### Mit Müntefering und Westerwelle in der Szenekneipe

## Den die Feinde loben ...

Nach der endgültigen Ankunft in den politischen Tempeln der Bundesrepublik Deutschland hat Gregor Gysi seinen vorläufigen Abtritt aus der ersten Reihe amtierender Parteiführer vollzogen. Derwegenseiner ausgereiften Selbstdarstellungskunst beneidete Gaukler wurde von politischen Freunden aus dem „Reformerflügel“ der PDS und den Gegnern der Mitglieder Mehrheit seiner Partei in einer Weise verabschiedet, die eines Königs würdig gewesen wäre. Nach seiner Rede in der Sondersitzung des Deutschen Bundestages zum Annektionsjubiläum, mit der er sich in den Chor der bekennenden Zerstörer der DDR einreichte, wurden ihm die höheren Weihen eines gestandenen Wiedervereinigers zuteil. Nahm er bei all den süßen Klängen überhaupt noch wahr, daß es sich tatsächlich um ein moralisches Staatsbegräbnis 1. Klasse handelte, das ihm - dem selbstdeklarierten Linksozialisten und millionenschweren Staranwalt in spe - da bereitet wurde? Das ZDF huldigte dem scheidenden Parlamentarier, der zum Parlamentarier seiner Partei geworden war. Es widmete Gysi am 2. Oktober mehr als zehn Minuten eines mit Haß gegen Serbiens Sozialisten und antikommunistischen Pikanterien gewürzten „Heute-Journals“. Auch die Laudatio dem nicht anders ausgerichteten ARD-„Tagesthemen“ war von rührender Zuneigung. Man bedau-

erte zutiefst Gysis Weggang und zeigte mit schmerzlichem Unterton den Stuhl in der ersten Reihe der Fraktion, auf dem er bisher gesessen hatte.

Die verblüfften PDS-Genossen am Bildschirm wurden so zu Zeugen „politischer Normalität“: SPD-Generalsekretär Franz Müntefering, FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle und die grünen Bundestagschefs Kerstin Müller und Rezzo Schlauch hatten zwischen zwei Attacken auf den Sozialismus der DDR ihr schönstes Lächeln aufgesetzt und es sich nicht nehmen lassen, dem geschmeidigen und eloquenten Populisten von nebenan beim PDS-Fraktionstreffen in einer Szenekneipe am Prenzlauer Berg ihre Reverenz zu erweisen. Vom eigentlichen CDU-Boß Helmut Kohl war ihm sicher schon vorher manch Liebes gesagt worden - bei einem ihrer vertraulichen Vier-Augen-Gespräche über „beiderseitig interessierende Fragen“.

Mit seinem und Lothar Biskys Weggang werde „der Mantel“ von der PDS fortgenommen, der die „SED-Nachfolgepartei“ bislang hübscher als verdient habe erscheinen lassen, gab „Heute“-Moderator Alexander Niemetz Gysi das Stichwort. Seine Eitelkeit war angesprochen. Ja, in der Tat werde wohl „ein Stück des Mantels“ weggezogen, sonnte sich der PDS-Lieblingspolitiker aller

PDS-Feinde vor der fortan klaffenden Lücke. Aber da sei ja eine so starke Persönlichkeit wie Roland Claus zur Stelle, der auf Kurs achten werde.

Die honorige Behandlung durch die Bourgeoisie hat sich der agile Fraktionsführer a. D. allerdings schwer erkämpfen müssen: mit seinem Überraschungsschlag gegen die eigenen Genossen auf dem Putsch-Parteitag im Dezember 1989; mit dem frühen Schrei nach einem Dritten Weg und der Abbitte an Bernstein und Kautsky; mit dem Verriß Lenins, bevor auch nur das Denkmal in Berlin abgerissen worden war; mit seiner zynischen Erklärung, um die DDR sei es „nicht schade gewesen“; mit dem Bekenntnis, das „dogmatische Drittel“ der PDS-Mitglieder sei verzichtbar. Dafür wird er jetzt von Talkshow zu Talkshow durchgereicht; dafür gibt es vom Gegner Mokkatorte mit Sahnehäubchen; dafür fraternisiert die Creme der bürgerlichen Elite mit dem roten Aussatz von gestern. Man weiß, was man Gysi schuldig ist. Schon wird er als Nachfolger Diepgens an der Spitze des Senats gehandelt. Da ist es nicht weit zum Ehrenbürger. Kein anderer ehemaliger Pseudokommunist außer Gorbatschow genießt derzeit beim Klassenfeind ein solches Maß an Zuneigung, hat sich so erfolgreich in die „Mitte der Gesellschaft“ hineingearbeitet. Glückwunsch, Gregor Gysi! Und Anfrage: Gibt es eigentlich schon einen Termin für die Rede vor einem amerikanischen Institut in der Türkei?

S. R.

### Vergleiche nach einem Besuch in Belorußland

## Wo Geschichte noch zählt

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, ein kleines Dorf in Belorußland unweit der Grenze zur Ukraine und nur etwa 70 Kilometer von Tschernobyl entfernt, zu besuchen. Meine Aufgabe bestand darin, eine Gruppe von Kindern, die zu einem dreiwöchigen Erholungs-aufenthalt bei uns an der Ostsee war, nach Hause zu begleiten. Über die uns von Belorussen entgegengebrachte Gastfreundschaft muß ich wohl kein Wort verlieren. Die Familien hatten uns ja das Kostbarste anvertraut, was sie besitzen - ihre Kinder -, und so boten sie buchstäblich das Letzte auf. Wir kennen das ja noch aus der Zeit, als wir gemeinsam mit unseren sowjetischen Genossen für die Verwirklichung des Menschheits-traumes von einem friedlichen und erfüllten Leben im Sozialismus kämpften.

Mich hat etwas ganz besonders beeindruckt. Die Direktorin der Schule des Ortes, die noch unter der Sowjetmacht mit Hilfe des Kolchos gebaut wurde, lud uns zu einer Besichtigung des Gebäudes ein. Alles war für das neue Schuljahr hergerichtet. Saubere Klassenzimmer, frisch gestrichene Wände und Fußböden, gut vorbereitetes Unterrichtsmaterial zeugten von einer angestregten und initiativreichen Arbeit während der Sommerferien. Die Schule besitzt eine Küche und einen Speiseraum, in dem die Kinder morgens und mittags aus unbelasteten Lebensmitteln kostenlos versorgt werden.

Vor allem interessierte mich das Dorfmuseum, das die ganze obere Etage des Schulhauses einnimmt. Hier wird die lokale Geschichte, werden Arbeitsmittel der Landwirtschaft seit der Zarenzeit gezeigt. Die Entwicklung der Sowjetmacht nimmt besonderen Raum ein, wobei der Große

Vaterländische Krieg, in dem die Faschisten ganz Belorußland verwüsteten, im Mittelpunkt steht. Die Ehrentafel für gefallene und ermordete Ortsbewohner schockiert. Man liest nicht selten 15 oder gar 20 gleiche Familiennamen. Die starben, haben ihr Leben als Kämpfer der Roten Armee verloren, fielen als Angehörige der Partisanenverbände oder wurden im Weiler selbst von den Hitlerbanditen ermordet. Viele kehrten auch aus der Zwangsarbeit in Deutschland nicht zurück. Die Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg und die Erfolge bei der Trockenlegung und Nutzung früherer Sumpfgelände werden hervorgehoben. Hiervweist man auf die Leistungen von Kollektiven der kommunistischen Arbeit, Persönlichkeiten des Ortes und Bauern des bis heute bestehenden Kolchos. Die Wettbewerbsbanner und Auszeichnungen aus sowjetischen Tagen nehmen einen Ehrenplatz ein. Im Belorußland des Präsidenten Lukaschenko hat man die Geschichte der UdSSR bewahrt. Sie wird nicht derart würdelos unter den Teppich gekehrt, wie das bei uns geschieht, wo es Leute vom Schlage eines Eppelmann im Zuge der durch die berühmte Enquete-Kommission des Bundestages betriebenen „Aufarbeitung des SED-Unrechts“ wagten, einem ganzen Volk seine Identität zu nehmen. Für uns soll nur noch die Chronik der imperialistischen BRD gelten. Doch eines Tages werden die Menschen danach fragen, wem sie diese Geschichts- und Gesichtsllosigkeit zu verdanken haben.

Ich selbst bin in der Deutschen Demokratischen Republik aufgewachsen, habe dort studiert und gearbeitet, geliebt, geheiratet und meine Kinder zu gebildeten und arbeitsamen Menschen erzogen. Das ist meine Biographie und die kann mir niemand nehmen.

Die kleine Stadt im Norden, in der ich jetzt lebe, besitzt auch ein Museum. Vergebens wird man dort nach den Taten derer fragen, die als Aktivisten der ersten Stunde unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit, ihres Mutes und ihrer Kraft dafür gesorgt haben, daß die Folgen des faschistischen Krieges überwunden werden konnten. Vergeblich sucht man dort nach Wettbewerbsdokumenten oder Zeugnissen von Leistungen sozialistischer Kollektive. Bei uns waren die Leute stolz darauf, daß ihr Staat hier die größte Gewächshausanlage Europas mit einer überdachten und verglasten Fläche von 35 Hektar hatte errichten lassen. Das bauten und betrieben doch Menschen aus dieser Stadt, die ihr Bestes für die Entwicklung des volkseigenen Gutes gaben. Es ist den neuen Herren nicht ein Wort der Würdigung wert. Schon gar nicht wird man in unserem Museum daran erinnert, daß alle Bürger einen Arbeitsplatz hatten, während heute fast 50 % der Arbeitsfähigen nicht mehr berufstätig sein dürfen. Die derzeitigen Machthaber im Osten werden ebenso den Vergleich mit der Arbeiterversorgung, dem warmen Schulesen, dem kostenlosen Gesundheitswesen, dem preisgünstigen öffentlichen Nahverkehr in der DDR scheuen. Natürlich übersehe ich nicht, daß auch nach 1990 nicht wenig Neues entstanden ist und mit einigem Streß Straßensanierungen erfolgt sind. Aber - wer hat denn das was für wen gebaut? Nein, ein Staat, der mir meine Geschichte und mein Gesicht zu nehmen trachtet, ist nicht mein Staat, auch wenn ich wider Willen seinen Paß besitze. In ihm will und werde ich nicht ankommen.

Axel Kohlsmann

Ein chronisch Kranker kann noch so schön geschminkt sein ...

## Raffinierte Zampanos in Nadelstreifen

Tatsachen bleiben Tatsachen. An der Funktionsfähigkeit des sozialistischen Gesundheits- und Sozialwesens der DDR gibt es keinen Zweifel. Ich denke nur an das Dispensairesystem, den Kinder-, Mutter- und Jugendschutz, das Betriebsgesundheitswesen, umfassende Impfprogramme, das Zentrale Krebsregister u. a. m. Objektiv betrachtet war unser Gesundheitswesen dem der heutigen BRD auf nicht wenigen Gebieten überlegen. Andererseits haben wir in der medizinischen Technologie, im Krankenhausbau und in der pharmazeutischen Industrie den gewünschten Standard leider nicht erreicht.

Unsere Mitarbeiter erzielten an ihren Arbeitsplätzen oft überdurchschnittlich gute Ergebnisse. Es war ihnen möglich, Fähigkeiten und Fertigkeiten ungehindert zum Wohle der Patienten zu entfalten. Ihre Arbeitsplätze waren gesichert. Für Qualifizierung stellte der Staat erhebliche Mittel bereit. Diese Leistungen kann niemand in Abrede stellen.

Natürlich bleibt uns auch in Erinnerung, wie das Gesundheits- und Sozialwesen der DDR - einschließlich seines Personals - in den Jahren der Rückwärtswende „abgewickelt“ worden ist. Nicht selten entpuppten sich die eingereisten „Helfer“ aus den alten Bundesländern als raffinierte Zampanos in Nadelstreifenanzügen. Von wirklicher Zusammenarbeit und freundlicher Übernahme konnte in vielen Fällen nicht die Rede sein.

Heute stellen sich Mediziner aus Praxis, Lehre, Ausbildung, Forschung und Technologie in ganz Deutschland die Frage: Wohin wollen wir? Dabei beziehen sich alle Details auf den Kern des Problems: Sind wir „fit“ für das 21. Jahrhundert?

Wir setzen uns für eine gesicherte gesellschaftliche Zukunft mit einer verbesserten medizinischen Versorgung der gesamten Bevölkerung ein. Es bedarf einer Gesundheitsreform 2000, die dem Namen auch wirklich gerecht wird. Dabei widerspricht es dem Solidargedanken, wenn besserverdienende Bürger sich der gemeinschaftlichen Finanzierung der Kranken- und Rentenversicherung entziehen. Es ist patientenfeindlich, wenn Ärzte in Ausübung ihres Berufes medizinische Wertvorstellungen kommerziellen Zwängen unterwerfen müssen. Es ist absurd, wenn sie dazu gezwungen sind, zwischen 8 und 11 „Angstversicherungen“ abzuschließen, um halbwegs arbeitsfähig zu bleiben. Die Zahl der Krankenkassen könnte von derzeit etwa 600 ohne Versorgungsabstriche auf 5 bis 10 reduziert werden. Nach allgemeinen Schätzungen verbrauchen die Kassen gegenwärtig 20 bis 35 % der Beiträge für eigene Investitionen und Verwaltungskosten. Beachtliche Summen könnten frei werden, die den gesunden Beitragszahler entlasten und Ärzten wie Patienten zur Verfügung stünden. Die neueste WHO-Statistik zeigt die BRD im Nationenvergleich der Pro-Kopf-Ausgaben an 3. Stelle, im Vergleich der Gesundheitssysteme aber auf Platz 25. Das ist Beweis dafür, daß erhebliche Gelder auf dem Weg zum Endverbraucher verschwin-

den.

Das visionäre Ziel eines vom Humanismus geprägten Gesundheits- und Sozialwesens ist derzeit offenbar realistischer als der Realitätsinn der meisten Politiker. Von dieser „Garde“ sind weder ernstzunehmende Visionen noch zukunftsweisende Lösungen zu erwarten. Es ist sinnlos, diese oder jene Einzelreform vorzuschlagen, ohne langfristig das gesellschaftliche System zu verändern und damit auch die Medizin von Grund auf zu erneuern. Alles andere ist „Krisenmanagement“. Ein chronisch Kranker kann noch so schön geschminkt sein, er wird immer ein chronisch Kranker bleiben. Solange keine wortgetreue praktische Durchsetzung folgt, verhallen die Reformbemühungen im Dschungel des Turbokapitalismus. Die alten Motivationen - Profit, Macht und Einfluß - haben bisher wirkliche Reformen verhindert. Der Patient muß vom Charakter einer Handelsware und der Arzt vom Zustand des medizinischen Kaufmanns befreit werden!!!

Die von der BRD-Regierung initiierte Gesundheitsreform 2000 löst bereits im Vorfeld Unverständnis und Proteste aus. Es ist vorhersehbar, daß sie von vornherein ein gesellschaftliches Kunstprodukt und somit eine soziale Fehlbildung sein wird.

Die Lösung, die ich vorzuschlagen hätte, besteht in der Erneuerung des Grundgesetzes und seiner Anpassung an das 21. Jahrhundert - nirgendwo steht geschrieben, daß das verboten ist. Dabei käme es auf ein gründliches analytisches Nachdenken über die beiden deutschen Gesundheits- und Sozialsysteme - das der DDR und das der BRD - an. Daraus wären die erforderlichen Schlüsse abzuleiten. Manche Irrwege, Umwege und Schmerzen würden dem deutschen Volk erspart bleiben, wenn

es ihm gelänge, die Erfahrungen der entgegengesetzten Gesellschaftssysteme unvoreingenommen aufzubereiten.

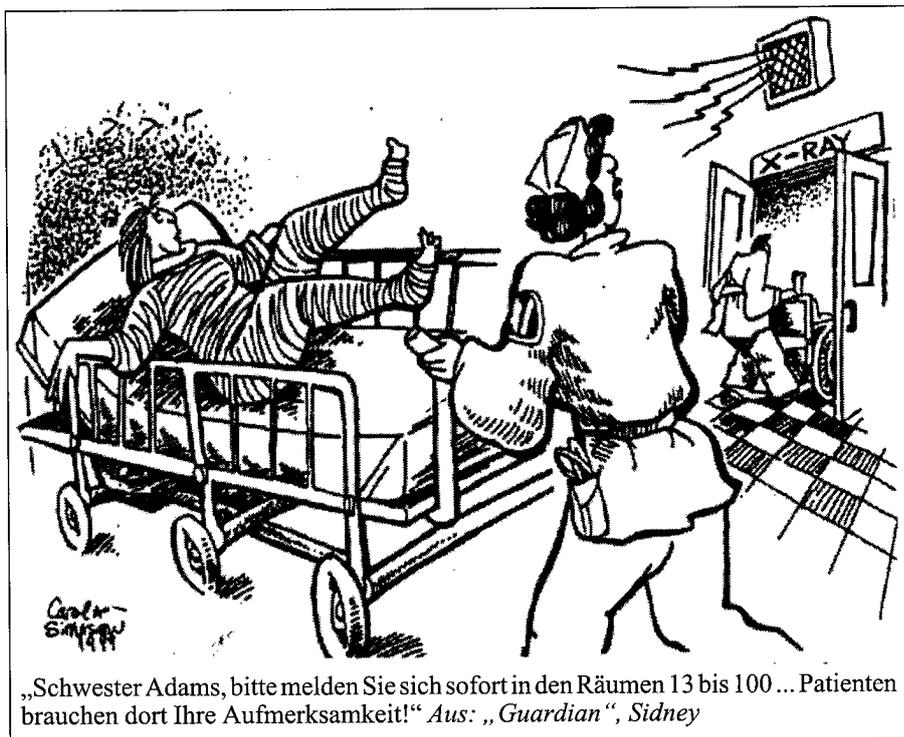
Natürlich müssen wir akzeptieren, daß der Sozialismus in der DDR und europaweit eine Niederlage erlitten hat. An dieser ersten Grablegung des europäischen Sozialismus und seines Gesundheits- und Sozialwesens haben leider auch sehr viele Bürgerinnen und Bürger der DDR aktiv teilgenommen. Kaum jemand von ihnen möchte heute an sein Mittun erinnert werden. Viele senken den Blick. Nicht aus Respekt vor ihren „damaligen Leistungen“, sondern aus Scham.

Zur Zeit gibt es aber keine massenhaft aufgegriffene Parole: Sozialismus statt Kapitalismus. Den Ausbeutern droht hierzulande vorerst keine Gefahr. Vielleicht ist das eines Tages wieder anders.

In der gebotenen Verknappung kann ich weniger begründen als behaupten. Darum: Resigniert nicht! Was uns bleibt, ist die „uralte sozialistische Idee“ von der besseren Gesellschaft, von Gleichberechtigung und Menschenwürde. Sie kann uns keiner kaputtreden. Wenn in letzter Zeit Patienten aus der Alt-BRD immer öfter Ärzte mit DDR-Erfahrung zur Behandlung aufsuchen, weil sie dort eine stärkere Hinwendung zum Patienten spüren als in der Gerätemedizin des Westens, so sind wir stolz auf dieses Vertrauen und betrachten es als eine Anerkennung des von uns in Jahrzehnten Geleisteten.

In Anlehnung an die Auferstehung Christi (Math.-, Mark.- und Joh.-Evangelium) könnte so manchem in unserem Lande heute der Gedanke kommen, daß nicht nur Jesus nach seiner Grablegung von den Toten auferstanden ist.

MR. Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas



„Schwester Adams, bitte melden Sie sich sofort in den Räumen 13 bis 100 ... Patienten brauchen dort Ihre Aufmerksamkeit!“ Aus: „Guardian“, Sidney

## Politerkundung eines Wessis im Wilden Osten

# „Tag der Einheit“: tote Hose ...

Da gab es doch tatsächlich westdeutsche Bundesbürger, die Anlaß sahen, kollektiv nach Osten zu fahren, um die „Wiedervereinigung“ mit den „Brüdern und Schwestern“ zu feiern. Da mich interessierte, wie das wohl ablaufen würde, schloß ich mich einer von der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) organisierten Busreisegruppe aus dem Ruhrgebiet an, um an einer „Großkundgebung“ dieser Partei mit dem erklärten Ziel, die „Arbeitereinheit zwischen Ost und West“ zu festigen, teilzunehmen. Die Bevölkerung habe Anlaß, am 3. Oktober die Wiedervereinigung zu feiern, hieß es zur Einstimmung im Parteiorgan „Rote Fahne“. Die Magdeburger Innenstadt präsentierte sich aufgeräumt-sauber in feiertäglicher Ruhe, die Gebäude in äußerlich gutem Zustand, zwischen der DDR-Architektur die neudeutschen Stahl-Glas-Konstruktionen, ab und zu ein dem Verfall preisgegebener Wohnblock mit eingeschlagenen Scheiben. Sonntagsfriedlich die Szene mit mäßigem Verkehr und flanierenden Bürgern - aber nirgendwo auch nur das geringste äußere Anzeichen einer Würdigung des „Tages der Einheit“. Kein Fahnschmuck, keine Plakate mit Werbung für Veranstaltungen, keine einschlägig dekorierten Schaufenster - nichts, rein gar nichts! Im Lokalteil der „Magdeburger Volksstimme“ fand ich schließlich einen 12-Zeilen-Hinweis auf die „Großkundgebung“ der MLPD. Die weit aus allermeisten der etwa 1 000 Zuhörer, die sich aus dem ganzen Bundesgebiet eingefunden hatten, waren wie wir aus der Alt-BRD angereist. Dazu Magdeburger Laufpublikum. Die Leute in dem nahegelegenen Straßencafé bekamen das der Rede des Parteivorsitzenden Stefan Engel folgende Programm - Wortbeiträge, fetzige Musikdarbietungen, eine Satire auf Kohl - mit, ohne deswegen gekommen zu sein. Als dann das „Einheitsfrontlied“ vorgetragen wurde, fielen mir ein paar ältere Leute auf, deren Lippen sich wie mitsingend bewegten. Die Polizisten in Sichtweite waren sommerlicher gekleidet. Alles blieb ruhig. Was sollte auch passieren in der Landeshauptstadt Magdeburg, deren Bevölkerung den arbeitsfreien Dienstag mitnahm, den offiziellen Charakter des Datums aber völlig ignorierte? Verständlich - zu kraß war der Gegensatz zwischen dem Einheitspathos der Politiker und den drastischen Folgen des 3. Oktober 1990. Von einem Zentrum des Schwermaschinenbaues mit weltweitem Ruf wurde Magdeburg zu einem Zentrum der Arbeitslosigkeit. „Was gibt es da zu feiern?“ fragten sich wohl die Leute und gingen ihrer Wege. Wenn die MLPD bei der nächsten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt antreten will, wird sie sich wohl ein anderes Werbeargument einfallen lassen müssen - in Magdeburg jedenfalls blieb sie damit allein auf weiter Flur!

Auf der Rückfahrt sah ich die Zeitungen durch, die ich mir gekauft hatte. „Tag der Einheit“ - tote Hose, wie man bei uns sagt. Die „Magdeburger Volksstimme“ stellte das Lokalereignis des Wochenendes nach vorne: „Schützen marschieren mit Böllerschüssen durch die City“. Auch eine „Errungenschaft“ der „Einheit in Freiheit“! Die Kfz-Innung beging ihren 10. Geburtstag. Überschrift: „Der Markt ist nicht nur unerbittlich - er ist brutal“. Ja, liebe Osis, das wußten wir im Westen schon immer. Auch in der „Leipziger Volkszeitung“ verlief meine Suche nach lokalem Gedenken des „Tages der Einheit“ in der einstigen „Heldentadt“ fast vergeblich. Nur gewisse Herren im schwarzen Talar, die 1989 zu den „Helden“ der Konterrevolution gehört hatten, luden zum Ökumenischen Gottesdienst in die Nikolaikirche ein. Im Kabarett „Leipziger Brettli“ wurde ein „Ostalgie-Soloabend“ über den politischen Witz in der DDR veranstaltet. Eine Disko im „Studentenkeller“ stand unter dem Motto „Ossi-Party“. Ob man da als westlicher Freiheitsbringer wohl rein durfte? Mit anderen Worten: Leipzig am „Tag der Einheit“ - tote Hose. Und in Dresden, wo die staatsoffiziellen Feierlichkeiten über die Bühne gingen - was war da? Eine Fülle von Angeboten! Doch auch hier wurde das Großereignis zum Fiasco, was den Publikumszuspruch betrifft. Mit „Bratwurst und Barock“ war der große Bericht der FAZ am 4. Oktober zurückhaltend überschrieben. Im Untertitel beklagte man: „Auf dem Bürgerfest will den Dresdenern das fröhliche Feiern nicht so recht gelingen“. Im Text war dann fast verächtlich vom „sogenannten Bürgerfest auf Straßen und Plätzen“ die Rede. „Vom freudigen Überschwang, der vor zehn Jahren diesen Tag beherrschte“, sei nur noch wenig zu spüren gewesen. Die FAZ-Reporterin schrieb: „Selbst noch so laute Bemühungen von Musikern und Moderatoren vermögen die Stimmung kaum anzuzuleiten, manch einer müht sich gar stundenlang vor fast leeren Stuhlleihen“. Von einem „Mangel an Feierlichkeit“ und einer „gewissen gelangweilten Beliebigkeit“ wurde berichtet. Also auch in Dresden: „Tag der Einheit“ - weithin tote Hose. In Berlin soll es ja anders gewesen sein. „500 000 Feiernde am Brandenburger Tor“, schätzte unsere „Recklinghäuser Zeitung“. Doch der Augenschein in Magdeburg und die angeführten Schilderungen aus Sachsen liefern den Beweis:

„Der Tag der Einheit“ war im Osten überwiegend ein Flop! Kein Wunder, wenn ich in der „Sächsischen Zeitung“ vom 2. 10., bezogen auf die „Osis“, die Schlagzeile las: „Mehrheit fühlt sich noch als Bürger zweiter Klasse“. Und im Leitartikel des Dresdener Blattes hieß es dann: „Emotional sind Ost- und Westdeutsche heute weiter voneinander entfernt als ein, zwei Jahre nach der Wiedervereinigung“.

Wie realistisch im Ausland die Stimmung bei uns im Zusammenhang mit dem Annexions- und Okkupationsdatum gesehen wird, brachte die Madrider Zeitung „El Mundo“ zum Ausdruck: „Die Deutschen feiern den zehnten Jahrestag der Wiedervereinigung ohne jede Begeisterung seitens der Bevölkerung und in einem vergifteten politischen Klima“. Die „Basler Zeitung“ entlarvte die nationalistischen Hintergründe des offiziellen Einheitsrummels: „Es ist auffällig, wie die Vertreter von Regierung und Opposition in diesen Tagen zwanghaft den ‚Bürgermut‘ und die ‚Zivilcourage‘ der früheren DDR-Bürger hervorheben. Gewiß sind 1989 viele Menschen auf die Straße gegangen und haben dabei zeitweise auch viel riskiert. Wahr ist aber auch, daß sich die überwiegende Mehrheit im Arbeiter- und Bauernstaat eingerichtet hatte, daß sich die Bürgerinnen und Bürger mit dem System arrangiert, ja identifiziert hatten, weit mehr jedenfalls als beispielsweise in Polen. Wer im Rückblick die Bevölkerung der DDR zur revolutionären Bewegung erklärt, der kreiert einen Mythos. Dieser ist an die wirklichen und vermeintlichen Einheitsverlierer gerichtet ... Er soll eine nationale Gemeinschaft (wieder) begründen“.

„Nationale Gemeinschaft“ unter der Hegemonie des deutschen Imperialismus war von 1871 bis 1945 das Verhängnis unseres Volkes. Daß man im Osten gegen solcherart verderblichen Mythos weitgehend immun ist - das war der positive Eindruck, den ich von der Politerkundung aus Magdeburg mitgenommen habe.

Rolf Vellay



## Zur Leistungsbilanz der Zerstörer der DDR

# Aufschwung oder Abschwung?

Nach 1945 haben wir auf den Trümmern des Hitlerfaschismus trotz politischer und ökonomischer Abriegelung durch die deutschen Imperialisten, trotz mancher Widersprüche und begangener Irrtümer, ohne Kapital und Kapitalisten, ohne Ausbeu-

tung fremder Völker, dank sowjetischer Hilfe und aus eigener Kraft einen beachtlichen Industriestaat - die Deutsche Demokratische Republik - aufgebaut. Einige Beispiele beweisen das auch für die Endphase der Existenz der DDR:

moderner Industriestaat vernichtet; die Region wird auf lange Sicht eine periphere, abhängige, de facto koloniale Zone bleiben. Die sozialen und politischen Folgen sind katastrophal.

Früher sicherte die Landwirtschaft der DDR die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aus eigenem Aufkommen. Mit der sogenannten Währungsunion haben BRD-Handelsketten die ostdeutschen Agrarprodukte aggressiv vom Markt verdrängt. Die Abnahmepreise sanken über Nacht auf die Hälfte bis auf ein Drittel. Die Zahl der Arbeitsplätze verringerte sich innerhalb dreier Jahre von 850 000 auf 170 000. Die Brutalität der Vernichtung blühender Landschaften zeigt sich in der Verringerung der Nutzfläche um 20 %, des Bestandes an Rindern um 50 %, an Schweinen um 65 % und an Schafen um 70 %. Zwischen 1990 und 1992 wurden auf Weisung der EG in Ostdeutschland 15 600 ha Obstanlagen gerodet. Das waren in diesem kleinen Gebiet 80 % der Rodungen in allen EG-Ländern.

Die Polikliniken wurden fast ausnahmslos liquidiert. Alle Ferienheime des FDGB sind den Arbeitern und ihren Gewerkschaften entrissen worden. Sie wurden an Kapitalisten verhökert. 1989 wohnten 3 Millionen Bürger in von Arbeiterwohnungsbau-gesellschaften errichteten Gebäuden. Ihnen gehörte ein Vermögen von 36 Milliarden Mark - heute ein Wert von 360 Mrd. DM. Auch die Genossenschafter wurden de facto enteignet, da an die Stelle der früheren Einrichtungen kapitalistische Unternehmen traten.

Im Osten blüht nur für die Profiteure der Weizen. Für die früheren DDR-Bürger gelten Entwertung, Diffamierung, Zweitrangigkeit. Ihre Einkommen erreichen nur 70 bis 80, manchmal sogar nur 50 % der Bezüge der Bürger im Westen. Die Inhaberin eines Bekleidungsgeschäfts im Zentrum Schweinins mußte 1999 ihren Laden schließen. „In der DDR hatte ich oft ein schmales Angebot, aber immer Kunden. Heute habe ich ein Superangebot, aber keine Kunden mehr“, lautete ihr Kommentar.

Um einer persönlichen Katastrophe zu entgehen, haben in den 10 Jahren der zurückgekehrten Herrschaft des Kapitals 1,1 Millionen Menschen - vor allem jüngere Leute - den Osten verlassen. Junge Frauen wollen keine Kinder mehr; die Geburtenrate sank zeitweilig unter die des Jahres 1945. In einigen Städten und Stadtteilen mußte die Hälfte der Kitas und Schulen bereits geschlossen werden, weil nicht genügend Kinder mehr da sind. Neue Einkaufstempel und glatte Straßen täuschen nicht darüber hinweg, daß etliche Dörfer veröden.

Aufschwung? Die Signale deuten eher auf Abschwung.

**Norbert Pauligg**

### Produktion ausgewählter Erzeugnisse 1988

Erzeugnis	Menge	Menge bezogen auf DDR	Bevölkerungszahl zum Vergleich
Benzin .....	4,7 Mill. t	260 kg/Kopf	Frankreich .....293 kg/Kopf
Elektroenerg. ....	114 180 Gwh	6 935 kWh/Kopf	Belgien .....5878 kWh/Kopf
Rohstahl .....	8,2 Mill. t	491 kg/Kopf	
Zement.....	12,4 Mill. t	721 kg/Kopf	Belgien .....581 kg/Kopf
Kalidünger.....	3,5 Mill. t	210 kg/Kopf	Kanada.....255 kg/Kopf
LKW.....	41 897 Stück	28 St./10 000	BRD.....30 St./10 000
Waschmasch.....	497 024 Stück	298 St./10 000	Frankreich .....229 St./10 000

Tatsächlich hatten sich Widersprüche entwickelt, weil es nicht gelang, gleichzeitig soziale Erwartungen zu befriedigen, durch Modernisierung der Industrie höchste Produktivität zu erreichen und die Landesverteidigung auf dem notwendigen Niveau zu halten. Aber „pleite“ war die DDR auch 1989 nicht. Heute gibt selbst die Deutsche Bundesbank unumwunden zu, daß unser Staat im Jahre 1990 mit lediglich 20 Mrd. Mark Auslandsschulden durchaus kreditwürdig war. Damals wurde von Kohl - dem Kanzler der schwarzen Kassen - die Parole ausgegeben, keinem solle es schlechter gehen. Ostdeutschland werde sich in „blühende Landschaften“ verwandeln. Verbreitet wurde das Gerede von der „maroden“ und „bankrotten“ Wirtschaft der DDR.

Warum? Geschah das nur aus blindem Haß? Die Absicht bestand wohl vor allem darin, die mit krimineller Energie betriebene Zerstörung von Industrie, Landwirtschaft und Handel der DDR sowie die Aneignung der „Filetstücke“ durch die BRD-Profiteure zu rechtfertigen. Von der langfingrigen Treuhänder wurden 30 % der durch sie „bearbeiteten“ Betriebe sofort liquidiert, das heißt vernichtet, abgerissen. Den Rest schenkte man westdeutschen Konzernen und Spekulanten. Ganze Unternehmen wurden für den symbolischen Preis von 1 DM verkauft! Die Erwerber haben den größten Teil des Ergatterten anschließend dem Erdboden gleichgemacht. Es vollzog sich eine in Friedenszeiten noch nie dagewesene Deindustrialisierung.

### Industrieproduktion der „neuen Bundesländer“ (in Prozent zu 1989)

1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
100	71,3	31,6	29,8	31,9	37,2	40,4	42,6	45,6

Rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze wurden allein in der Industrie vernichtet, die Forschungskapazitäten bis auf geringe Reste zerschlagen. Nur jeder 4. Arbeiter hat in seinem Beruf wieder Beschäftigung gefunden. Damit wurde die wichtigste Produktivkraft - der Mensch - massenhaft entwertet. Was für eine Heuchelei der Regierenden, wenn sie einen Rückstand an Produktivität im Osten Deutschlands beklagen! Welcher Hohn, wenn jeder neue Arbeitsplatz mit großem Trara als Sieg gefeiert wird!

Das Stahl- und Walzwerk Brandenburg ist völlig zerstört und wird in ein Museum verwandelt. Das Traktorenwerk in der gleichen Stadt verödet und die Kammgarnspinnerei ist nicht wiederzufinden. Pentacon Dresden - einst 5 000 Beschäftigte - produziert keine einzige Kamera mehr. ORWO-Film - ein Exportschlager -

gibt es nicht mehr. Die KruppStahl AG „kauft“ mit staatlichen Fördermitteln das Walzwerk Oranienburg, um es 1993 stillzulegen. Der Berliner Wärmeanlagenbau, einst ein leistungsfähiger Exporteur von Kraftwerken mit 1 850 Beschäftigten, wird 1993 in den Konkurs getrieben. In seiner Folge gehen alle Arbeitsplätze verloren. Die Zahl der Beschäftigten Ostdeutschlands sank binnen weniger Jahre von 9,7 auf 6,0 Millionen, in der Industrie von 3,2 auf 0,9 Millionen. Das ist weniger als ein Drittel. Die verbliebenen Betriebe befinden sich zu 90 Prozent in der Hand westdeutscher Konzerne. Dahin fließt auch der Profit, so daß die Verarmung des Ostteils zunehmen wird. Wir sind heute das Südtalien der BRD! Daran ändert auch kein „Geldtransfer“ von West nach Ost etwas. In einem Steinwurf der Geschichte wurde ein

## Als Parteisekretär im „Karl-Liebknecht-Werk“ (5)

# Die Dreitachbarchlüt'

Die Belegschaft des Steinkohlenwerkes „Karl-Liebknecht“ im Erzgebirge reichte 1951 nicht aus, um den Plan zu erfüllen. Junge Bergleute waren im Krieg gefallen, Gefangene und Zwangsarbeiter nicht mehr da ... Ein FDJ-Aufgebot sollte helfen, nicht allein die Zahl der Kumpel zu erhöhen, sondern auch die altersmäßige Zusammensetzung zu verbessern.

FDJler kamen - und viele gingen bald wieder. Das Abenteuer in der Tiefe erwies sich als sehr schwere Arbeit. Auch der hohe Lohn - damals betrug das monatliche Durchschnittseinkommen eines Industriearbeiters etwa 300 Mark, das eines Häuers aber mehr als das Doppelte -, das reichhaltige Kantinenessen, mehrere Zentner Braunkohlenbriketts pro Jahr sowie zwei Liter Schnaps im Monat konnten viele FDJler nicht halten.

„Dreitachbarchlüt!“ - „Drei-Tage-Bergleute“, nannten die alten Häuer verächtlich die FDJler. Um den Abgang zu bremsen, beschlossen wir, daß sich alle, bevor sie ablegten, zur Aussprache bei der Parteileitung melden sollten. Darum kümmerte sich keiner, wer abhauen wollte, verschwand eben. Doch eines Tages standen zwei große Kerle im Parteibüro, blickten verlegen und bekümmert vor sich hin. „Was wollt Ihr?“ „Ablegen. Wir halten das nicht aus. Wir sind Schäfer.“ Sie sprachen im meckelbörgischen Dialekt.

Schäfer! Ich stellte mir das vor: Große Wiesen. Klare Luft. Sonne. Stille. Am Horizont Wald! Und nun Finsternis, Enge, Staub, der Krach der Preßluftschlämmer und Schüttelrutschen ... Nein, das konnte man von ihnen nicht verlangen. Ich stand auf, drückte ihre Hände, bedankte mich für ihre Disziplin, sagte, daß sie ablegen könnten, und wenn sie zu Hause Schwierigkeiten bekämen, sollten sie mich informieren, ich würde dann an ihre FDJ-Kreisleitung schreiben. „Glück auf!“ Aber manche blieben. Da war eine Brigade, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, „den alten schwarzen Ärschen“ zu zeigen, daß sie besser waren als diese! Einige wurden als Aktivistinnen oder mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“ geehrt. Sie kauften sich die neuen Bergmannsuniformen und nun, zu Weihnachten 1951, wollten sie alle auf einmal in Urlaub fahren, zu Hause angeben! Wir konnten sie aber nicht fahren lassen. Es kam auf jeden Kubikmeter Kohle an! Der Plan war unerbittlich.

Werkdirektor, BGL-Vorsitzender und ich sprachen mit ihnen. Der Brigadier, ein außergewöhnlich energischer, tüchtiger Bursche, antwortete in rüdem Ton: „Wir sind immer die Dummen! Erst beschimpft man uns als Dreitachbarchlüt', dann dürfen wir an die schwierigsten Abbauorte einfahren, Sonderschichten sowieso, und nun kein Urlaub. Immer die Dummen!“

„Ja“, sagte ich. „Hier und heute müßt Ihr

Euch entscheiden, ob Ihr künftig zu den Dummen oder zu den Schlaun gehören wollt. Seht Euch Paul Voitel, den ‚Schachtvater‘, an. Als die Nazis ihn ins Zuchthaus sperrten, sagten die Nachbarinnen zu seiner Frau: ‚Warum macht Ihr Mann das? Er ist doch nur der Dumme. Die Nazis sind nun mal dran und der Hitler hat die Arbeitslosigkeit beseitigt!‘ Das waren die Schlaun, sie und ihre Männer.“

Die Jungen schwiegen. Nach einer Weile sagte der Brigadier: „Verdammt! Also fahren wir dieses Jahr eben nicht in Urlaub!“ Wir brauchten neue Steiger. Die Alten waren Nazis gewesen und würden bald in Rente gehen. Die FDJler - das war der Steigernachwuchs. Sie waren so Anfang 20, aber halbe Analphabeten. In den letzten Kriegsjahren hatte es mit der Schule mächtig gehapert. Dann waren sie aufs Land gegangen, Kartoffeln ernten und klauen, auf dem Schwarzen Markt verscheuern ... Sie hätten auf der Bergschule in Zwickau nicht mithalten können, wir mußten sie vorbereiten.

Ich organisierte eine Sonntagsschule von 8 bis 13 Uhr, vor allem Rechnen und Deutsch. Dafür gewann ich einen pensionierten Oberstudienrat eines Zwickauer Gymnasiums. Geld konnten wir ihm nicht zahlen, er war ja kein Angestellter des Werkes und die Schule nicht dessen Einrichtung. Aber das Kantinenessen! Und das Brikettdeputat! Der Bergmannsschnaps! Das war schon was für einen Rentner zu jener Zeit! Doch nach einer Woche kam der alte Mann zu mir. Wollte aufhören. „Dieses Rüpelpack! Wie sie mich beleidigen! Lernen nicht, stören nur!“ Ich sagte, ich würde mit den Jungen reden. „Nein. Nie wieder! Ich will die nicht mehr sehen!“

Ich fragte die Schüler, was sie denn gegen den Alten hätten. „Dieser olle schwarzweißrote Beamte! Mit ‚Herr Oberstudienrat‘ sollen wir den anreden. Wie der schon aussieht: Schwarzes Jackett, Stehkragen, feine Krawatte!“ „Wollt Ihr bei ihm lernen, wie man sich den Schlips bindet oder Deutsch und Rechnen, verdammt noch mal?! Er macht nicht mehr mit! Da könnt Ihr die Bergschule vergessen!“ Sie versprachen, sich künftig zu benehmen. „Und keine einzige Beschwerde will ich mehr hören, sonst ist's aus!“ Ich konnte den Alten überreden, doch weiterzumachen. „Wie geht's jetzt?“ erkundigte ich mich nach einiger Zeit. „Gut. Benehmen sich, sind fleißig. Lernen.“

Aber dann kam die Lehrerin an der Berufsschule, eine Genossin. Sie heulte. Die Lümmel machten ihr den Unterricht unmöglich! Ich sagte, die nächsten drei Sonntage würde ich mal Geschichte und Staatsbürgerkunde unterrichten. Makarenkos „Der Weg ins Leben“ hatte ich gut im Kopf, war fünf vor acht an der Schule, ging drei vor acht die Treppen hoch, betrat punkt acht das Klas-

senzimmer und schloß hinter mir ab. „Da sind doch noch welche auf dem Gang!“ Das wußte ich wohl, die standen da rum und rauchten. „Ruhe! Der Unterricht beginnt punkt acht!“ Die Stunde verlief gut. Ich hatte Autorität. Mir kamen die Kenntnisse vom Studium an der Humboldt-Universität und die Erfahrungen als Parteisekretär zugute ... Pause. Wir gingen raus. Die nicht mehr reingekommen waren, standen verlegen herum. Sie hatten die Zigaretten ausgemacht. Ich sagte: „Über Geschichte und Politik kann man diskutieren, auch streiten, ist ja nicht Mathematik. Aber bitte in einem anderen Ton! Die Lehrerin ist von uns, behandelt sie anständig!“

Das taten sie dann auch. Nach der Bergschule wurden die meisten Steiger. Manche traten in die Partei ein. Mit den neuen Steigern sprachen die Bergleute. Sie gehörten dazu, waren keine Dreitachbarchlüt' mehr, vor allem aber auch keine Nazis gewesen.

Walter Florath

### Prompt ausgeführt

Betr. UZ-Anzeigenauftrag 19. 9. 2000

Sehr geehrter Genosse Steiniger, beiliegende Anzeige für „UZ-Spezial“ bitten wir in der nächsten Ausgabe des „RotFuchs“ abdruckten. Mit freundlichen Grüßen  
Lothar Geisler  
i.A. Sonja Mauscherling

## UZ-Spezial

zur Programmdiskussion  
in der PDS

Werner Seppmann  
Kapitalismusbegriff  
und  
Sozialismuskonzeption

DIN A 4, 34 Seiten,  
Schutzgebühr 5,- DM

Gegen Fünfmarkschein oder  
Briefmarken zu bestellen bei:

CommPress-Verlag GmbH  
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

### Noch unbeantwortet

An Redaktion UZ,  
Chefredakteur Rolf Priemer 23. 1. 2000

Lieber Rolf, ausgehend von unseren Gesprächen in Gießen würde ich für die UZ eine Vorstellung des „RotFuchs“ schreiben und bitte Dich, mir zu sagen, wieviel Zeilen Ihr dazu zur Verfügung stellen könnt. Mit kommunistischem Gruß  
Gerhard Feldbauer

## Aus dem Leben unserer Gruppe

# Kleine Gespräche über große Fragen

Am 30. September, einem strahlenden Altweibersommertag, trafen sich Mitglieder der Gruppe Nordost mit Ehepartnern, Gästen und Freunden im Reiterhof Helenenau, einem beliebten Ausflugsziel der brandenburgischen DKP, das auch wir zum dritten Mal ansteuerten. Wir wollten gemeinsam essen und ohne Tagesordnung locker über unsere größeren und kleineren Anliegen miteinander reden. Die Sonne tauchte das Gehöft in ein freundliches Licht und lud die Teilnehmer zu kurzen Spaziergängen in das parkartige Gelände ein. Der Beginn der Zusammenkunft hatte sich verzögert, weil etliche Genossen im Stau auf den Berliner Ausfallstraßen steckengeblieben waren; denn unübersehbar erschien die Zahl derjenigen, die das Wochenende um den 3. Oktober für einen Miniurlaub nutzten und es vorzogen, dem Trubel der Jubelfeiern den Rücken zu kehren.

Das Ambiente spiegelte sich denn auch in der Stimmungslage der Genossen und dem Tenor ihrer Gespräche wider. Alle empfanden es als Gewinn, frei von der Leber weg über viele Themen miteinander sprechen zu können, die das Leben in der Partei mit sich bringt. So erzählte **Iris**, früher Mitglied der DKP und der SEW, wie sie uns und den „RotFuchs“ im Internet gefunden hatte, und wie erstaunt sie über die hohe Besucherzahl gewesen sei, als sie im August erstmals an einer unserer Versammlungen teilgenommen habe. „Für mich ist jetzt die Zeit der politischen Heimatlosigkeit vorbei.“ **Günter**, PDS-Mitglied und seit dem Frühjahr regelmäßiger Besucher unserer Veranstaltungen, schilderte seinen Werdegang vom ABF-Studenten zum Leiter in der Energiewirtschaft der DDR. „Den 55. Jahrestag der Vereinigung von Sozialisten und Kommunisten sollten wir würdig begehen. Über die PDS habe ich keine Illusionen mehr.“ Viele Gespräche drehten sich natürlich um den „RotFuchs“. **Robert**, parteilos, mitgebracht von seinem Freund, unserem Genossen **Harald**, meinte, die Zeitung sei zu wenig auf junge Leute zugeschnitten. „So kann man der Überalterung der DKP nicht beikommen.“ Ich gab das Problem an unsere Sympathisantin, die Mittzwanzigerin **Anne**, weiter. Die Häufung von Fremdwörtern in manchen Artikeln sei bisweilen schwer verdaulich. „Was ich immer gleich in einem Zug lese, sind die ‘Reporterskizzen‘“. Während die gedankliche Welt der Älteren noch ganz durch ihr Leben in der DDR bestimmt werde, hätten die Jugendlichen kaum noch Erinnerungen an diese Zeit. Ob sie bereit sei, in der Sprech- und Schreibweise Jüngerer im „RotFuchs“ ein geeignetes Thema aufzugreifen? „Ich werd’s bedenken“, sagte sie unter lebhafter Zustimmung ihrer Nachbarn. **Monika**: „Wir lassen Dich dabei doch nicht allein.“ Als Harald und Knut zusammen-

standen, kam das Gespräch auch auf atmosphärische Fragen in der Bezirksorganisation. „Ich konnte aufgrund meiner Tätigkeit in der Gastronomie nur selten an Versammlungen teilnehmen. Das letzte Mal war ich zur Parteitagsauswertung der Berliner BO“, sagte **Knut**. „Die Atmosphäre hat mir nicht gefallen...“ „Das solidarische Klima in der Gruppe Nordost müsse überall Einzug halten, ergänzte eine Genossin.

Auch das Thema Jugoslawien stand bei den Debatten im Vordergrund. Alle Genossen waren empört über die dreiste Einmischung der USA und der anderen NATO-Staaten in die inneren Geschicke des Landes. Sie wurde als Fortsetzung der Bombardements mit anderen Mitteln bezeichnet. Das Szenario sei aus der Zeit der Zerschlagung der DDR und der übrigen sozialistischen Länder bekannt.

Im Gespräch mit **Helga** ging es um Fragen unseres Gruppenlebens. „Die Versammlungen sollten früher beginnen“, das würde sowohl die Risiken später Heimfahrten verringern als auch den berufstätigen Genossen entgegenkommen. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes, die aus unserer Gruppe stammten, sollten regelmäßig über Beratungen und Beschlüsse des BV informieren. Die thematischen Veranstaltungen müssten auch stärker genutzt werden, um gemeinsame Aktionen organisatorisch vorzubereiten - „ohne daß am Niveau der Referate oder der Diskussionsbeiträge Abstriche zugelassen werden“. **Ruth**, häufiger Gast in unseren Veranstaltungen: Es müsste mehr Möglichkeiten geben, sich im kleinen Kreis zusammenzusetzen, um richtig miteinander ins Gespräch zu kommen.“ **Manfred**, erst seit einigen Monaten Mitglied der DKP: „Die Versammlungen von Nordost sind anspruchsvoll, sie zwingen zum Durchdenken der Probleme, man nimmt immer etwas mit.“ Das A und O für die Partei sei die Gewinnung neuer Mitglieder für diese Inhalte und Positionen. Jeder sollte sein Umfeld daraufhin „durchforsten“. In der Gruppe fühle er sich wohl, weil ein guter Umgangston unter den Genossen herrsche und der „RotFuchs“ politische Heimstatt für ihn geworden sei. Dann brachte jemand die Rede auf den Gedanken einer „RotFuchs“-Leserkonferenz. Sie solle der weiteren Profilschärfung der Zeitung dienen und deren Freunde enger zusammenschließen. Zugleich müsse die Verbreitung ausgedehnt werden. **Helga**: „Das erfordert einen großen organisatorischen Aufwand“. Sie hatte gleich eine Idee, wie sie dabei mithelfen kann.

Am Rande der Diskussionen ergab sich ein kleiner Erfahrungsaustausch mit den Nachbarn aus Brandenburg, die durch mehrere Genossinnen und Genossen vertreten waren. „Wir versuchen jetzt, ein ständiges Referentengremium zu schaffen, auf das

unsere Grundorganisationen bei Versammlungen zurückgreifen können“, erzählte **Klaus** aus Schwedt. Das sei für die örtlich oft weit auseinanderliegenden Parteigruppen sehr wichtig; der LV könne so qualitativ vergleichbare Veranstaltungen anbieten. „Das ist mit unseren früheren Referentenkollektiven bei den SED-Bezirksleitungen vergleichbar.“ **Ruth** warf eine Frage von prinzipieller Bedeutung auf: Nach so langer Zeit müsse endlich ein Parteiprogramm her, damit die DKP sagen könne, was sie denn insgesamt wolle. „Eine Partei ohne aktuelles Programm ist in meinen Augen keine Partei.“ Und **Kurt** aus der Gruppe Barnim meinte: Manche verantwortlichen Genossen in der DKP hätten leider bis heute nicht begriffen, daß die früheren SED-Mitglieder eine Verstärkung seien und das Spektrum der Partei verbreiterten.

Viel zu schnell verging die Zeit, bis wir wieder aufbrechen mußten. Was war aus der Sicht des Berichtstellers das Ergebnis dieses erbaulichen Tages? Wohl vor allem, daß sich Gelegenheit bot, die großen Fragen in vielen kleinen Gesprächen aufzuwerfen, wobei auch jene zu Wort kamen, die sonst weniger in den Vordergrund treten. Alle ließen erkennen, daß sie Gewichtiges zur Stärkung der Partei beizutragen haben.

Unseren erkrankten Genossen Karl-Eduard und Martin sandte die Runde herzliche Genesungswünsche.

**Frank Mühlefeldt**



Nach 23 Jahren Berufsverbots wegen DKP-Mitgliedschaft ist dem heutigen PDS-Mitglied Anton Brenner aus Tübingen wieder die Arbeit als Pädagoge am Berufsschulzentrum Balingen gestattet worden.

## Die PDS-„Realos“ und der Cottbusser Parteitag

# Worauf setzt Gabi Zimmer?

Der 7. Parteitag der PDS wurde von seinen Regisseuren sorgfältig vorbereitet. Das hatte vor allem mit seinem Vorläufer - dem Münsteraner - zu tun. Auf dem ereignete sich bekanntlich Unerhörtes: Die Delegierten vereitelten das Vorhaben des Kerns der Parteiführung, UNO-genehmigte Militärinterventionen unter gewissen Voraussetzungen gutheißen zu dürfen. Die Parteispitze, sonst darauf pochend, daß Mehrheitsentscheidungen Wesenselement von Demokratie seien, reagierte unwirsch. Damit habe sich die Partei „völlig unpolitisch verhalten“, monierte Bisky. Das parteinahe ND führt Münster seitdem als „Debakel“. In der PDS-Zentrale, so empfand ein „Reformer“ aus Magdeburg, habe er sich wie unter Kaninchen gefühlt, die der schlechten Münsteraner Erfahrungen wegen „mit panischem Blick“ auf die Schlange starrten - den Cottbusser Parteitag. Solch bange Erwartungshaltung blieb nicht von Dauer. Dem Schock folgte Geschäftigkeit. „Keine Wiederholung von Münster!“, lautete die Parole. Es begann, was einige ihrer Spitzenfunktionäre als „Suche der Partei nach sich selbst“ bezeichneten. Hinter der unverbindlich klingenden Formulierung verbarg sich das Kernproblem der PDS: Wer wird sich in ihr durchsetzen - die „Realos“ mit staatstragender Orientierung, auch als „Reformflügel“ bezeichnet, oder die Systemoppositionellen, denen es um Gesellschaftsveränderung geht? Den „Realos“ kam es darauf an, für Cottbus eine Weichenstellung zu sichern, bei der die Partei dort ankommt, wo sie hin haben wollen. Und da die Schlüsselpositionen in Parteivorstand, Bundestagsfraktion und Apparat ausschließlich von ihnen besetzt sind, verfügten die „Realos“ auch über erhebliche Vorteile im innerparteilichen Richtungsstreit. Um sie zu nutzen, bedurfte es eines taktischen Konzepts der Parteitagsvorbereitung. Wie nötig es war, signalisierte nicht zuletzt eine von André Brie gefertigte Mitgliederanalyse. Diese besagte: Nur rund 25 % der PDS-Mitglieder können zu den „reformorientierten“ Kräften gezählt und als Stützen der „Realos“ betrachtet werden. Schlußfolgerung daraus: Alles vermeiden, was die Gefahr des Auseinanderfallens der Partei durch zugespitzte Flügelkämpfe heraufbeschwört. Zugleich aber beharrliches Aufweichen „dogmatischer“ (d. h. marxistischer) Positionen.

Und siehe: Schon befließigten sich in der Partei bislang besonders eifrige Polarisierer wie Petra Pau und Dietmar Keller auffällender Zurückhaltung. Ein Appell der PDS-Grundsatzkommission, „die Kasematten der vermeintlichen Gewißheiten“ zu verlas-

sen, war - wenn auch „an alle Mitglieder, gleich welcher Strömung“ gerichtet - unverkennbar an die angeblichen Dogmatiker adressiert.

Zum Dreh- und Angelpunkt des Einwirkens auf die Mitgliedschaft wurde das Bestreben, sie für einen Politspagat zu gewinnen: Opposition gegen das und Gestaltungsarbeit im System seien kein Widerspruch, sondern als Grundhaltung einzunehmen und auszuhalten. Dieses Muster findet sich auch im „Positionspapier“ der Grundsatzkommission und in den „10 Thesen der PDS-Bundestagsfraktion zu 10 Jahren deutscher Vereinigung“. „Ergänzt“ wird es regelmäßig durch demonstrative Distanzierung von der DDR, die bisweilen bis zur Diffamierung reicht. Nicht zu übersehen ist zugleich, daß dem „gestalterischen“ Aspekt - mit angestrebter Koalitionsfähigkeit und Regierungsteilhabe auf Länder- und Bundesebene - eindeutig größeres Gewicht beigegeben wird als mühevollen, langwierigem und keineswegs risikofreiem Opponieren.

Dieser (durchaus ideologischen) Seite der Parteitagsvorbereitung entsprach dann auch die adäquate personelle Absicherung. Anfangs publik gewordenem Gerangel um die neu zu besetzenden Spitzenpositionen wurde rasch ein Riegel vorgeschoben. Mit der thüringischen Fraktionschefin Gabi Zimmer präsentierte man als designierte Nachfolgerin Biskys eine Frau, die von allen parteiinternen Gruppierungen Akzeptanz erwarten konnte: Genossin Zimmer galt als besonnen und auf Ausgleich bedacht. Sie vermied es, Öl ins Feuer zu gießen, forderte dazu auf, „Gemeinsames stärker herauszustellen“, warnte gar die „Reformer“ ausdrücklich davor, „die Machtfrage“ aufzuwerfen. Sie äußerte sich - so mit dem Verlangen nach Abschied vom „Parteikauderwelsch“ - eher zu Form- und Stilfragen als zu politischen Inhalten. Der PDS-Führung kreidete sie an, „zu wenig an die Seele der Partei gedacht“ zu haben - was immer das auch heißen mag. Andere verspotteten sie deshalb, eine „Integrations-tante“ zu sein.

Daß sich ihre in einem Interview (Die Welt 21. 8.) geäußerte Absicht, „Veränderungen von der Mitte nach links durchzusetzen“, jedoch nicht auf die eigene Partei bezog, offenbarte Gabi Zimmer bald. Auf der Liste ihrer Wunschkandidaten für den neuen Parteivorstand fanden sich - von Pau über Porsch und Gärtner bis Holter - die Namen all jener, die als „Reformer“ maßgeblich daran mitwirken, die Partei systemkompatibel zu machen und weiter nach rechts zu drängen. Skepsis über den nach Cottbus zu erwartenden Kurs der PDS-

Spitze, einschließlich ihrer neuen Vorsitzenden, ist damit angebracht.

Ein wesentliches Element der Parteitagsvorbereitung stellten die neun Regionalkonferenzen dar. Sie dienten nicht bloß der Wahl der Delegierten, sondern waren für die Parteitagsgeschehnisse wichtig, um ein fundiertes Bild von der „Stimmungslage“ an der Basis zu gewinnen. Nur so konnte man das innerparteiliche Kräfteverhältnis nüchterner einschätzen und ein erfolgversprechendes Agieren in Cottbus vorbereiten. Auf diesen Konferenzen bekamen die „Realos“ manches zu hören, was ihren Ohren nicht gefiel. In Schwerin kritisierten Delegierte, daß der Oppositionsanspruch der PDS verlorengegangen sei. Landeschef Holter wurde vorgeworfen, er wolle „die SPD rechts überholen“. Man beklagte eine „zunehmende Entfremdung zwischen Parteiführung und Basis“. In Mannheim sprachen Abgesandte der fünf südwestdeutschen Landesverbände Klartext: Wer marxistisches Ideengut über Bord werfe, könne nicht für die Partei stehen. Obwohl sich „Neues Deutschland“ bei der Wiedergabe kritischer Stimmen größter Sparsamkeit befließigte, wurde doch erkennbar: Hier handelte es sich nicht nur um Einzelmeinungen. Daß sie schon im Vorfeld von Cottbus ausgesprochen wurden, verschaffte der Parteispitze einen taktischen Vorteil: Sie konnte ihre Gegenargumentation sorgfältig vorbereiten und darauf hoffen, daß der „abgelassene Dampf“ den Druck auf den 7. Parteitag selbst vermindern würde.

Inwieweit dieses Konzept aufging, ist an seinen Ergebnissen abzulesen - an den Beschlüssen ebenso wie an den Personalentscheidungen. Gemessen an André Bries innerparteilicher „Kräftebilanz“ zeigt Cottbus, daß es einer die Schlüsselstellungen besetzt haltenden Minderheit durchaus möglich ist, die Mehrheit ganz „demokratisch“ zu neutralisieren. Ob sich dadurch bereits die von Gabi Zimmer geäußerte Erwartung bestätigen wird, das Profil ihrer Partei werde sich durch den Führungswechsel „völlig verändern“, bleibt abzuwarten. Schon werden Stimmen laut, die das Prinzip Pluralismus in Frage stellen. In der PDS-Mitgliederzeitschrift „DISPUT“ (Nr. 7/00) forderte ein Landesvorstandsmitglied aus Sachsen-Anhalt, „das imaginäre konsensuale Kartenhaus“ zusammenbrechen zu lassen, es nicht mehr „allen in der Partei recht zu machen“, die „interne Reibung“ zu suchen. Wörtlich heißt es dort: „Wenn die nötigen Konflikte der nächsten Monate dazu führen, daß manche die PDS nicht mehr als ihre Partei ansehen, dann sei das so.“ Das ist deutlich.

**Wolfgang Clausner**

# Marxismus-Leninismus in Lateinamerika

In Lateinamerika haben große Klassen-schlachten unter Führung oder Beteiligung von Kommunisten - häufig in breitgelagerten Bündnissen - stattgefunden. Hier siegte die Cubanische Revolution; hier kam Chiles Unidad Popular für drei Jahre ans Ruder; hier gab es den sandinistischen Revolutionsansatz und die heroischen Kämpfe der FMLN El Salvadors. In Venezuela besteht heute die von den Linkskräften unterstützte patriotische Chavez-Regierung. Etliche kommunistische Parteien der Region besitzen eine große Geschichte, wurden schon in den zwanziger Jahren gegründet und haben - wie die guatemalteckischen Kommunisten - schwere Opfer gebracht.

Doch werfen wir einen Blick auf die Historie. Zwischen den lateinamerikanischen Ländern und den Kolonien/Halbkolonien in Asien und Afrika bestanden beträchtliche Unterschiede. Die spanisch- bzw. portugiesischsprachigen Staaten Lateinamerikas hatten bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in revolutionären Befreiungskriegen fast ausnahmslos ihre politische Unabhängigkeit erkämpft, befanden sich aber in ökonomischer und sonstiger Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten, den internationalen Konzernen und Banken. Das war der Grund, daß Lenin Lateinamerika nicht in die Kolonialwelt des Imperialismus einbezog. Man könnte meinen, er hätte den Subkontinent „vergessen“. Unter Bezugnahme auf das Buch von Schulze-Gaevernitz über den britischen Imperialismus wies Lenin auf die verschiedenartigen Abhängigkeitsformen hin, die die imperialistischen Großmächte bei der Aufteilung der Welt geschaffen hatten. Die „beiden Hauptgruppen“ abhängiger Länder seien Kolonien und Halbkolonien einerseits und politisch formell selbständige Staaten, die sich jedoch in „finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit“ befänden, andererseits. (LW 22/267)

Aus der Unterschiedlichkeit der historisch bedingten sozialökonomischen und politischen Verhältnisse Lateinamerikas gegenüber Asien und Afrika ergeben sich Besonderheiten in der Aufnahme des Marxismus-Leninismus. Durch den Sklavenhandel sind Formen afrikanischer Kulte und Mythen nach Lateinamerika, namentlich nach Brasilien und in die Karibik gelangt. Traditionen und Kultur der Ureinwohnerschaft haben in Staaten mit starker indianischer Bevölkerung wie Guatemala, Peru und Bolivien erheblichen Einfluß auf das sozialpolitische Denken. Hinzu kamen Impulse des Christentums, vor allem der katholischen Soziallehre. Auch sie waren nicht frei von afrikanischen oder indianischen Beimischungen. Durch all das äußerte sich die kontinentale Widerspiegelung des Marxismus-Leninismus auf besondere Weise.

Ähnlich wie in Nordamerika drangen marxistische Ideen in der zweiten Hälfte des 19.

Jahrhunderts nach Lateinamerika vor. Sie wurden durch emigrierte Arbeiter und Intellektuelle von der Iberischen Halbinsel und aus Italien verbreitet. Aus ihren Reihen und der nachfolgenden Generation gingen die ersten Marxisten hervor, die mit theoretischen Arbeiten und praktisch-politischer Tätigkeit die Formierung einer Arbeiterbewegung vorantrieben. Unter ihnen befanden sich José Carlos Mariategui (Peru), Emilio Recabarren (Chile), Victorio Codovilla (Argentinien) und Julio Antonio Mella, der als Begründer der marxistischen Theorie in Cuba gilt, um nur einige zu nennen.

Es war unvermeidlich, daß es in der Ausbreitung des Marxismus zu einer gewissen Vermischung mit mythologischen Vorstellungen im Massenbewußtsein kam. Kein Volk kann sich den Marxismus-Leninismus in „reiner“ Form, als ausschließlich wissenschaftliches Bewußtsein aneignen. Kommunistische Parteiführer sind stets gezwungen, die materielle Bedingtheit des jeweiligen Typs der Massenpsychologie und -ideologie aufzudecken, um sie bei der revolutionären Aufgabenstellung zur Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Klassen zu berücksichtigen. Sonst bleiben strategische Ziele und taktische Losungen den Massen unverständlich. Das In-Rechnung-Stellen überlieferter Ansichten im Bewußtsein der Bevölkerung bedeutet jedoch nicht, Zugeständnisse an die bürgerliche oder reformistische Ideologie zu machen, die Grundideen der proletarischen Weltanschauung aufzugeben.

Das Denken politischer Führer und Theoretiker der national-revolutionären Befreiungskriege hatte ebenfalls beträchtlichen Einfluß auf eine den lateinamerikanischen Bedingungen entsprechende Übertragung des Marxismus-Leninismus. So erklärte Fidel Castro in einem seiner „Nachtgespräche“ mit Frei Betto, er selbst sei Martí-Anhänger gewesen, bevor er Marxist wurde. „Die beiden Namen Martí und Marx beginnen mit M, und ich meine, beide sind sich sehr ähnlich... Es gibt so fabelhafte und wunderschöne Dinge im Denken von Martí, daß man sich ausgehend von ihm zu einem Marxisten bekehren kann ...“ (José Martí lebte von 1853 bis 1895. Er war der geistige Führer des 2. Unabhängigkeitskrieges, einer der epochalen Dichter und Revolutionäre Lateinamerikas, Cubas Nationalheld.) „... in unserem Land wurden die Ideen des Marxismus-Leninismus in kreativer Weise interpretiert, und wir fügten sie dem immensen Schatz des martianischen Gedankenguts hinzu“, sagte Castro. Eine ähnliche Gedankenführung läßt sich in Schriften und Äußerungen so bedeutender lateinamerikanischer kommunistischer Führer und Theoretiker wie Rodney Arismendi, Luis Carlos Prestes, Gilberto

Vieira, Luis Corvalan u. a. nachweisen.

In Lateinamerika üben die Ideen von Marx und Engels, besonders von Lenin, Mao, Fidel Castro und Che Guevara nach wie vor großen Einfluß aus. Auch Trotzki und dessen Nachfolger in der IV. Internationale besitzen - besonders in Mexiko - ihre Anhänger.

Man könnte behaupten, daß der Marxismus nach der Niederlage des europäischen Sozialismus in Lateinamerika stärker verbreitet ist als in seinem deutschen Ursprungsland. Ähnliches gilt für die Akzeptanz des Leninismus, der dort größeren Widerhall findet als derzeit in den meisten Ländern Europas.

Von bestimmten Gruppen wird der Marxismus-Leninismus allerdings als „eurozentristisch“, ja sogar als Form eines „neuen Imperialismus“ abgelehnt. Er wolle die natürliche Umwelt der indigenen Völker vernichten, behaupten Unkundige. An seiner Stelle empfehlen sie die Rückkehr zur Natur, zu einem Leben nach dem Vorbild urgesellschaftlicher Völkerschaften. Solche antimarxistischen Auffassungen besitzen bei einigen Nachkommen der Indianervölker einen gewissen Nährboden.

An die Anwendbarkeit der revolutionären Theorie auf Situationen, Prozesse und Probleme der Dritten Welt werden neue höhere Ansprüche gestellt. Seine heutige Strukturierung dürfte nicht ausreichen. Das Spektrum marxistisch-leninistischen Denkens muß sich ständig erweitern und auch jene Fragen beantworten, die sich auf spezifische Weise in den Ländern des Trikont stellen.

Ulrich Huar



## Türkische Internet-Leser zu Gast

### Reges Interesse am RF

Am 24. September besuchten die Genossen Alper Dizdar, Mitglied des ZK, und Tolip Güngör von der türkischen Partei für die Sozialistische Macht (SIP) die „RotFuchs“-Redaktion. Sie berichteten während des freundschaftlichen Gesprächs davon, unsere Zeitung über das Internet kennengelernt zu haben, und baten um künftige Zusendung der gedruckten Ausgabe. Die beiden Genossen informierten über Aktivitäten ihrer Partei, die fortan der derzeitigen Bezeichnung die Buchstaben „KP“ hinzufügen wolle, und stellten dem „RotFuchs“ eine Reihe von Publikationen der SIP - darunter die Zeitung und das theoretische Organ - vor.

R. F.

**Cuba will 500 Ärzte für USA-Armenviertel ausbilden**

# Castro in Harlem

Zum zweiten Mal ist Fidel Castro in Harlem - dem traditionsreichen und überwiegend von Afroamerikanern bewohnten Stadtteil New Yorks - zu Gast gewesen. Das erste Mal begab er sich 1960 - während seines Antrittsbesuchs bei der UNO - dorthin und bezog im einfachen Theresa-Hotel - fernab von den Luxuspalästen der Reichen - ein bescheidenes Quartier. Ganz Harlem war auf den Beinen, um den Führer der Cubanischen Revolution zu begrüßen. Diesmal hat Fidel den Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen zu einem erneuten Abstecher in das Viertel genutzt.

Ein Stehplatz in der berühmten Riverside Church war am 9. September das begehrteste Ticket in der Acht-Millionen-Stadt. Hier hatte Martin Luther King nur wenige Monate vor seiner Ermordung jene berühmte Predigt gehalten, die ihn bis an die Grenzen eines revolutionären Bekenntnisses gelangen ließ. „Der Antikommunismus hat uns nur zu oft in den Sumpf geführt“, verkündete der mutige Kirchenmann damals. Bald darauf legten sich die Scharfschützen in Memphis auf die Lauer.

Und nun die „Welcome Fidel-Rally“. Die riesige gotische Kirche in Morning Side Heights war schon Stunden vor dem Auftritt des Gastes aus Havanna bis in den letzten Winkel gefüllt. Mehr als tausend weitere Zuhörer verfolgten das Ereignis über Lautsprecher vor dem Sakralbau. Eine Delegation Harlemer Schüler begrüßte Fidel mit Blumen. Unter dem Jubel der Menge umarmte er die Jungen und Mädchen. Zugewandert waren afroamerikanische und puertorikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses, unter ihnen José Serrano aus der Bronx, der eine Gesetzesvorlage zur Aufhebung des vor 40 Jahren über Cuba verhängten Embargos eingebracht hatte. An seiner Seite sah man die Kalifornierin Maxine Waters, die sich bei Castro für die „schlechten Manieren“ des New Yorker Bürgermeisters Rudolph Giuliani entschuldigte, der den Teilnehmern des UNO-Gipfels ein Willkommen versagt hatte.

Fidel trat im olivgrünen Militärdreß gegen 21 Uhr zu einer vierstündigen Ansprache,

die oftmals mehr an einen Dialog erinnerte, ans Rednerpult. Dr. James Forbes, Hauptprediger der Kirche, hatte ihn zuvor herzlich willkommen geheißen. Den Tageszeitungen habe er die Meldung von einem „sensationalen Handschlag“ entnommen. Die Tatsache, daß USA-Präsident Clinton



Präsident Castro zum ersten Mal die Hand gegeben habe, sei das beherrschende Thema der Schlagzeilen gewesen. „Lag in dem Symbol irgendeine Substanz?“ fragte der Geistliche. Und er antwortete selbst: „Das Volk muß für den Inhalt sorgen.“

Fidel sprach vom Elend der Dritten Welt und vom maßlosen Reichtum Weniger. Eine 1-Prozent-Steuer auf die täglichen Aktienverschiebungen an der Börse von 6 Billionen Dollar würde die Mittel erbringen, um den Hunger eines großen Teils der Menschheit zu beheben. Für Cuba gelte der „moralische Imperativ der Solidarität“, sagte der 74-jährige. Sein Land habe nirgendwo auch nur einen Dollar investiert. Statt dessen sei eine ehemalige Marineakademie unweit Havannas in eine Schule für tausende Medizinstudenten aus Lateinamerika umgewandelt worden. Sie würden dort 6 Jahre kostenlos unter der Bedingung ausgebildet, anschließend in ihre Heimatländer zurückzukehren und in ihren Gemeinden zu arbeiten. Afroamerikanische Kongreßabgeordnete hätten ihm berichtet, in ihren Wahlbezirken gebe es überhaupt keine Ärzte, sagte Castro. Und er fragte: „Liegen die Vereinigten Staaten etwa in der Dritten Welt? Wir sind bereit, Ihnen unsere Mediziner zu schicken und keine Gebühren dafür zu erheben.“ Cuba wolle sofort 500 Studenten - 250 Afroamerikaner und 250 Angehörige anderer Minderheiten - aus USA-Distrikten ohne Ärzte bei sich aufnehmen. Fidels zweiter Besuch in Harlem - er fand ungeachtet der Tatsache statt, daß von der CIA wiederholt Mordanschläge auf den cubanischen Führer geplant und vorbereitet worden waren - stellte eine großartige Geste an das Andere Amerika dar. Er war Ausdruck der unerschütterlichen Treue Cubas zur Sache des proletarischen Internationalismus.

S. R.

## Erfahrungsaustausch mit Genossen von „Solidaire“

### Besuch aus Belgien

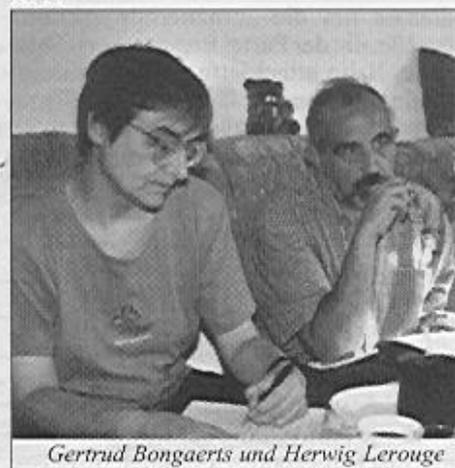
Herwig Lerouge - Mitglied des Politbüros der Partei der Arbeit Belgiens (PTB) und Chefredakteur ihrer in Französisch und Flämisch erscheinenden Zeitung „Solidaire“ - und Gertrud Bongaerts, Abteilungsleiterin für internationale Beziehungen der PTB, nahmen kürzlich an einer Konferenz des Kuratoriums Ostdeutscher Verbände und anderer Organisationen in Berlin teil. Die belgischen Genossen hatten sich zuvor an den „RotFuchs“ gewandt, ihrer Wochenzeitung eine Reihe von Beiträgen zum 10. Jahrestag der Annexion der DDR aus der Feder von RF-Autoren zur Verfügung zu stellen. Annemarie Mühlefeldt, Kurt Andrä, Norbert Pauligk und Klaus Steiniger entsprachen dieser Bitte.

Während ihres Aufenthalts in Berlin hatten sie eine Reihe freundschaftlicher Unterhaltungen mit Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppe Nordost und der „RotFuchs“-Redaktion. Es gab eine Gesprächsrunde, bei der Lena und Kurt Andrä, Manfred Dietze, Monika Kauf, Gerda Klabbuhn, Eva Kolowrat, Frank Mühlefeldt, Armin Neumann und Jürgen Thiele den „RotFuchs“ vertraten. Sie beantworteten die Fragen der belgischen Genossen zur Thematik der Niederlage des Sozialismus, der Politik von SED und DDR, der Annexion des sozialistischen durch den imperialistischen deutschen Staat, der Kolonialisierung des vereinnahmten Gebiets. Zu den erörterten Problemen gehörten die von der BRD betriebene „Delegitimation“ der DDR und der politischen Strafverfolgung von Antifaschisten. Herwig Lerouge und Gertrud Bongaerts hatten einen mehrstündigen Gedankenaustausch mit Bruni und Klaus Steiniger.

Die Vertreter der PTB schilderten ihre seitens Erfahrungen bei der Entwicklung einer ursprünglich maoistischen zu einer marxistisch-leninistischen Partei. Sie informierten über den jetzt abgeschlossenen Kommunalwahlkampf in Belgien. Der PTB und ihrem Umfeld gehörten viele junge Leute und nicht wenige Immigranten an. Eine große Rolle bei der klassenkämpferischen Formierung der kommunistischen Bewegung des Landes hätten die Aktionen gegen die Schließung des Stahlwerks Clabecoq und den anschließenden Prozeß zur Abrechnung mit den Führern des Widerstandes gespielt.

Die „RotFuchs“-Redaktion machte die Gäste bei einer Stadtrundfahrt mit Schauplätzen des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung und der Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee vertraut.

R. F.



Gertrud Bongaerts und Herwig Lerouge

## Portugals Kommunisten vor ihrem XVI. Parteitag

# „Cunhalisten“ verteidigen Marxismus-Leninismus

Die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) bereitet gegenwärtig ihren XVI. Kongreß vor, der vom 8. bis 10. Dezember in Lissabon stattfinden wird. Beobachter messen dem Ereignis große Bedeutung bei, da es dort zu einem Schlagabtausch zwischen den um den früheren Generalsekretär Alvaro Cunhal gruppierten Marxist-Leninisten und sogenannten Erneuerern kommen wird, die sich in den letzten Jahren formiert haben. Beide Tendenzen sind in den Führungsgremien der PCP vertreten, wobei gesagt werden kann, daß der über 80jährige Alvaro Cunhal in der Partei nach wie vor als die prestigereichste Persönlichkeit gilt; deshalb wird manches davon abhängen, ob es seine Gesundheit zuläßt, auf dem Kongreß zu sprechen.

Unmittelbar vor dem diesjährigen Fest der PCP-Zeitung „Avante“, das wie immer am ersten September-Wochenende in Seixal stattfand, sind beide Flügel der Parteiführung an die Öffentlichkeit gegangen. Dabei suchte sich der frühere PCP-Fraktionsvorsitzende in der Versammlung der Republik und spätere „Avante“-Direktor (bis 1998), Carlos Brito (67), durch einen Vorstoß in der bürgerlichen Presse auf Kosten der Partei zu profilieren. Am 31. August brachte die Zeitschrift „Visao“ einen Brief, den er bereits vor Monaten an das ZK gerichtet hatte. Er war durch die Mehrheit des Gremiums zurückgewiesen worden. Brito, den die „Erneuerer“ als Galionsfigur benutzen, schilderte die innerparteiliche Situation der PCP in den düstersten Farben. Er sprach von einem „Klima der Verdächtigung und Einschüchterung“, ließ aber zugleich die Katze aus dem Sack. Ihm gehe es vor allem darum, den Begriff Marxismus-Leninismus aus dem Vokabular und dem Denken der Partei zu verbannen. Er griff Alvaro Cunhal indirekt scharf an, während er dessen Nachfolger als Generalsekretär, den früheren Europaparlamentsabgeordneten Carlos Carvalhas, als einen Mann schilderte, der große Verdienste um die „erneuernde Aktion“ besäße, die der Partei Prestige verschafft habe. Brito attackierte das „degenerierende Delirium der Jagd auf den inneren Feind“, die an „Praktiken des Stalinismus“ erinnere. Wörtlich schrieb er: „Ich stelle namentlich das Konzept des Marxismus-Leninismus in Frage“. Dieses sei an ein gescheitertes „Modell“ gebunden und „für theoretische und praktische Perversionen instrumentalisiert“ worden. Sicher sei es schwer, sich von Auffassungen zu trennen, die eine zentrale Rolle im Kampf der PCP gespielt hätten. Auf deren Aufgabe könne aber nicht verzichtet werden. Um eine dogmatische Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie zu verhindern, müsse

die Partei die negative Last abwerfen. Er schlage vor, davon zu sprechen, daß sich die PCP fortan in ihrer praktischen Tätigkeit auf die „materialistische und dialektische Betrachtung der Welt“ stütze, die von Marx, Engels und Lenin formuliert worden sei. Diese Ideologie werde ständig erneuert.

Obwohl Brito seine Worte wohl zu setzen wußte, kann davon ausgegangen werden, daß er eine Linie vertritt, die auf die Preisgabe des Leninismus zielt. Während seine Gefolgschaft in der Politischen Kommission des ZK der PCP - darunter Carlos Luis Figueira und Edgar Correia, der der bürgerlichen Presse sofort in einem Interview versicherte, Britos Brief sei „sehr mutig“ und ein „historisches Dokument“, verurteilte das Pressekabinett der PCP „im Namen der Führung“ die Kolportage des nur für einen beschränkten Empfängerkreis bestimmten Schreibens als einen „bedauerlichen, verurteilenswerten und unannehmbaren Vorgang“. Er habe offensichtlich darauf abgezielt, den Erfolg des „Avante“-Festes zu untergraben.

Auf der Abschlußkundgebung der dreitägigen Massenveranstaltung, an der wieder Hunderttausende in einer Atmosphäre großer Begeisterung teilnahmen, sprach als erster „Avante“-Direktor José Casanova. Abweichend von der Regel, im Namen der gastgebenden Zeitung eine reine Begrüßungsrede zu halten, äußerte er sich zu inhaltlichen Fragen. Es gebe keinen Zweifel hinsichtlich des Standortes der PCP. „Schaut auf dieses Fest! Seht, wie unsere marxistisch-leninistische Ideologie hier sichtbar ist. Wir sind und bleiben eine Partei der Arbeiterklasse, in der es eine tiefgehende innere Demokratie gibt“, sagte Casanova. Nach ihm sprach Generalsekretär Carlos Carvalhas, der von der bürgerlichen Presse als „Erneuerer“ apostrophiert wird. In einer langen Ansprache kam er mit zwei gewundenen Sätzen zu dem in der Partei am meisten diskutierten Thema. Ihr Wirken beruhe auf der theoretischen Basis des Materialismus und der Dialektik. Der Marxismus-Leninismus sei Instrument der Analyse und Leitfadens zur Aktion. Es handle sich dabei um ein „offenes System“, das in Verbindung mit der Praxis ständig erneuert werden müsse. Die opportunistische Revision von Konzepten werde ebenso zurückgewiesen wie „das Stagnieren und die Kristallisation der Theorie oder deren Dogmatisierung“. Kommentatoren in Lissabon werteten diese Äußerung als „Versuch, eine Lösung zu finden, bei der der Wolf satt und das Schaf nicht gefressen“ werde. Der Redner habe sich „eine Hintertür offengelassen“.

Auf dem „Avante“-Fest hielt der Nobel-

preisträger für Literatur José Saramago eine Signierstunde ab. „Mir scheint, als ob jene, die sich Erneuerer nennen, den linken Flügel der Sozialistischen Partei bilden wollen“, sagte er bei dieser Gelegenheit einem Reporter. Er halte Britos in die Öffentlichkeit lancierten Brief für „äußerst unglücklich“. Dieser widerspreche völlig dessen eigener Vergangenheit. „Brito verhält sich wie ein junger Mann von 18 Jahren mit unausgereiften Ideen“. Saramago, selbst Mitglied der PCP, versicherte, er teile nicht die „negative Diagnose, die der Partei gestellt worden“ sei.

Während die Mehrheit der kommunistischen Parlamentsfraktion offensichtlich zu den „Erneuerern“ zu tendieren scheint, äußerte sich die zu den „Cunhalisten“ gerechnete Abgeordnete Odete Santos in anderem Sinne. „Erneuerer? Wir sind alle Erneuerer. Wir haben die Pflicht, die politische Situation ständig neu zu bewerten. Aber unsere Prinzipien befinden sich in einem Schatzkasten und diesen geben wir niemals preis“. Gefragt, ob sie sich zu den „Orthodoxen“ rechne, antwortete sie: „Ich empfinde es als große Ehre, als orthodox bezeichnet zu werden.“ Orthodox zu sein heiße, den Weg der Vernunft zu gehen. Im übrigen sei die Partei „ein großes Kollektiv, in dem Einzelne nicht überbewertet werden dürfen“.

Nach Auffassung der Zeitschrift „Visao“ ist es vor allem Alvaro Cunhal, der sich gegen „Tendenzen der Sozialdemokratisierung innerhalb der PCP“ wendet.

Wie verlautet, setzen sich auch Domingos Abrantes, Albano Nunes und der Gewerkschaftsverantwortliche Jeronimo de Sousa von der Politischen Kommission sowie die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission, deren Auflösung Brito fordert, für die konsequente Verteidigung marxistisch-leninistischer Positionen ein.

In einem Gespräch mit dem Autor dieses Beitrags brachte António Dias Lourenco, langjähriger „Avante“-Direktor und mit 17 Haftjahren einer der großen Helden des antifaschistischen Widerstandes, seine Hoffnung zum Ausdruck, daß sich der Vorstoß der „Erneuerer“ als „Rohrkrepierer“ erweisen werde. General Vasco Goncalves, Ministerpräsident in der Zeit der portugiesischen Revolution, rief den Verfasser aus Lissabon an und äußerte die Meinung: „Es fehlt ein Mann wie Cunhal.“ Inzwischen haben Portugals Kommunisten den Lissabonner Stadtrat und „Cunhalisten“ Antonio Abreu als ihren Kandidaten zu den anstehenden Präsidentschaftswahlen aufgestellt.

**Klaus Steiniger**

## Spaniens Izquierda Unida ist „angekommen“

## Wo selbst die „Rotesten“ nur rosa sind

Die reformistische Zersetzung einstmaliger revolutionärer Parteien und Bewegungen charakterisiert die Lage in einer Reihe ost-, mittel- und westeuropäischer Länder. Es fällt mir nicht leicht, die derzeitige Verfassung der durch die KP Spaniens (PCE) geführten Vereinigten Linken (Izquierda Unida - IU) kurz vor ihrer 6. Generalversammlung auf den Punkt zu bringen. Durch das Fehlen einer sichtbaren antikapitalistischen Politik und Praxis bleibt mir nur die Möglichkeit, mich auf das in den letzten Monaten veröffentlichte Positionspapier der „mas rojos“ (des linken Flügels) dieser Organisation zu stützen. Und auf meine alte Freundin/Genossin, eine fast 80jährige Kommunistin, mit ihrem Unmut angesichts dieser keineswegs revolutionären „Umformungen“, von denen jetzt die Rede ist. Sie wird zwar weiterhin das lahme Hausblatt der PCE, den „Mundo Obrero“, an ihrem Stock gehend, vertreiben („Es gibt keine Jüngeren, die das machen“), aber mit ihrer Partei verbindet sie nicht mehr die Hoffnung auf eine Entwicklung, die dem herrschenden System irgendwann den Garaus machen könnte. Daß die PCE bald ganz verschwinden und in der IU aufgehen soll, will sie schon gar nicht wahrhaben. Und daß ihr deswegen die Nerven durchgingen und sie bei einer der Sitzungen hinausschrie „Es lebe die Kommunistische Partei!“ spricht Bände für den Zustand einer KP, die inzwischen jeglichen revolutionären Anspruch aufgegeben hat.

Außerdem paßt jemand wie meine Freundin nicht mehr in die Mitgliederstruktur einer IU. Sie gilt dort als Altlast, im wahrsten Sinne des Wortes. Wer sich heute in der IU/PCE profilieren will, muß ein „vidor del capitalismo“ (ein Genießer des Kapitalismus) und ein „agente social“ (Gesellschaftsvermittler) sein, wie mir ein anderer Freund erklärte. Ob auch Arme dazu gehörten, wollte ich wissen. Er meinte nur, daß IU und PCE inzwischen professionalisiert und verbürokratisiert seien. Überhaupt redet niemand mehr vom Volk. Es sollen auch keine Klassen mehr existieren, kein Klassenkampf, keine Klassengesellschaft. So lautet die Formel, die gebraucht wird, um das eigene Arrangement mit dem herrschenden System zu rechtfertigen. Als ob die von den Kapitalisten erfolgreich betriebene Fragmentierung der Gesellschaft an den realen Verhältnissen etwas geändert hätte!

Solche „linken“ Kleinbürger, die ihren Frieden mit dem System gemacht haben, gibt es jetzt zuhauf. Bei Euch heißt das wohl „ankommen“. Hier hat man dafür den Ausdruck „se lo ha montado bien“ (man hat sich gut eingerichtet). Nein, gemeint ist damit sicher nicht ein gewisses Auskommen, um Zeit für revolutionäre Arbeit zu haben! Die Kluft zwischen verbalen „Gegenäußerungen“ und der real fehlenden politischen Identität, zu der auch ein klares Feindbild gehört, ist sehr groß.

Du kennst die „richtigen“ Leute nicht, denke ich, und nehme das jüngste Positionspapier der „Rotesten“ (los más rojos) zur Hand. Was sich mir da auftut, ist dasselbe, vielleicht in rosa. Von „relanzamiento“ (Wiederankurbelung) der IU nach dem rapiden Absturz der letzten Jahre - natürlich gemessen an Wählerstimmen der bürgerlichen Demokratie - ist da die Rede. Ich frage mich, was/wer soll eigentlich mit welchem Ziel angekurbelt werden? Der Abstieg der IU/PCE sei keine parteiinterne Angelegenheit, ganz im Gegenteil, er gehe allein, welche „die Barbarei in

den sozialen Beziehungen“ spüren. Das hört sich zunächst einmal gut an. Diese Brutalität könne nur durch „Werte“ und die damit zusammenhängende Politik der Linken, die über das „Handwerkszeug“ verfüge, bekämpft werden. Welches „Handwerkszeug“ aber wird nun von der „einzigen linken Organisation, die einen alternativen sozialen Block innerhalb des Staates zu artikulieren beansprucht“ (Text), angeboten? Der Grund, in der IU zu sein, bestehe in der Schaffung einer Alternative zum System, wobei der Sozialismus als „Bezug“ genommen werde. Zum ersten und letzten Mal fällt hier dieser Begriff. Es geht sowohl um „soziale Emanzipation“ als auch um die „Entfaltung der vollen Demokratie“. Die Demokratie ist z. Z. leer, folgere ich, wenn sie gefüllt wird mit sozialer Emanzipation, dann haben wir den Sozialismus. Mit anderen Worten: den „demokratischen Sozialismus“ bei Fortbestehen kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse.

Als fundamentale Aufgabe bezeichnetes die IU, das „Rückgrat der zivilen Gesellschaft“ zu sein. Es gehe um die „Artikulation eines sozialkritischen Blocks“, der fähig sei, den „antagonistischen Vorschlag zum System“ zu tragen. Die IU müsse sich zum „einheitlichen Exponenten der politischen und ideologischen Pluralität“ einer die Dinge „umformenden“ Linken entwickeln, wird verquast formuliert. Ihr kennt ja sicher diesen verschrobenen Stil.

Donnerwetter, unter Punkt 5 heißt es sogar, die IU solle die „Zentralität des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital“ anerkennen. War das nicht dieser nur durch revolutionären Klassenkampf zu überwindende antagonistische ...? Wie geht das, wenn man dem Klassenkampf Ade gesagt hat?

Schließlich fordert Punkt 11 dazu auf, die „Dominanz des Institutionellen“ zu beenden. Klar, das institutionelle Standbein, oder besser ausgedrückt, die Teilnahme am bürgerlichen parlamentarischen System, ist die Geldquelle der IU. Man wird trotz aller Kritik daran festhalten, weil es so am bequemsten ist. Solches Beharren schützt vor der Notwendigkeit einer grundlegenden Gesellschaftsanalyse mit entsprechender Konsequenz. Denn Reformen und Verbesserungen sind immer der jeweiligen kapitalistischen „Konjunktur“ und ihren Strategien unterworfen. Sie sind stets unter dem Vorbehalt der Macht- und Ausbeutungsinteressen des Kapitals begrenzt.

Hieß es, im Moment ist keine revolutionäre Bewegung/Situation in Sicht, könnte ich es ja nachvollziehen. Aber es gibt deswegen keinen Grund, das kapitalistische System als Basis anzunehmen. Es spricht statt dessen vieles dafür, diese schmutzige Bühne zu verlassen und einen Weg zu suchen, zu erarbeiten, der dazu führt, schließlich den Kapitalismus/Imperialismus zu überwinden - auch wenn es noch etliche Jahre dauern sollte. Die Angst, Pöstchen zu verlieren, der geruhame Rückzug ins Privatleben nach getaner Tagesarbeit, was das System in den Metropolen immer noch vielen bereitstellt, mag ein Grund sein für die behäbige Genügsamkeit der IU/PCE. Ihr Konzept trägt zur Orientierungs- und Hoffnungslosigkeit vieler Linker in Spanien bei. Selbst, wenn ich gutwillig all dies als Ausdruck der momentanen Situation betrachte, verbindet mich wenig mit dem Papier der „Rotesten“.

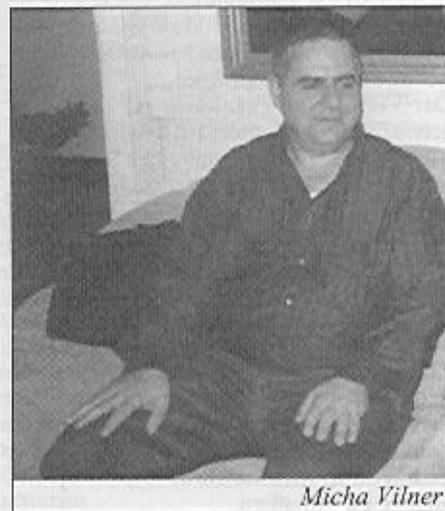
**Isolda Bohler,**  
Korrespondentin des RF in Valencia

## Israelisches Kommunistisches Forum baut Strukturen auf

## Herzliche Begegnung mit Micha Vilner

Meir Vilner (82) war bis 1990 Generalsekretär und bis 1993 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Israels (KPI). Damals übernahmen Kräfte die Führung, die über Etappen einen Weg reformistischer und opportunistischer Politik einschlugen. Heute ist die KPI - so sagte uns Micha Vilner vom Israelischen Kommunistischen Forum (IKF) in einem vierstündigen Gespräch mit dem „RotFuchs“, das er erbeten hatte - eine Partei, die den Boden des Marxismus-Leninismus eindeutig verlassen hat. Er wies darauf hin, daß der RF übrigens die erste ausländische kommunistische Publikation gewesen sei, die über das Programm des im Dezember 1999 von marxistisch-leninistischen Kräften Israels - Arabern und Juden - formierten IKF ausführlich berichtet habe. Dessen Bruch mit der KPI ziele darauf ab, die traditionsreiche kommunistische Bewegung in Israel auf prinzipieller Grundlage wiederherzustellen. Natürlich sei es schwierig, die noch in der KPI eingebundenen Genossen für ein neues Projekt zu gewinnen, betonte Micha Vilner, der von der bürgerlichen Presse seines Landes bereits als künftiger Generalsekretär des IKF betrachtet wird. Die von der KPI-Führung betriebene Politik öffne indes immer mehr Kommunisten die Augen. Das IKF, dessen marxistisch-leninistische Positionen vom Programm klar definiert würden, werde sich in naher Zukunft auf einer zweiten landesweiten Beratung auch organisatorisch durchgehend strukturieren und seine leitenden Organe wählen. Der frühere Sekretär des israelischen KJV für internationale Beziehungen verwies im Verlauf der herzlichen Unterredung darauf, daß sich unter den IKF-Gründern auch der bekannte israelische Kommunist und namhafte Journalist Hans Lebrecht befinde. Der Gast stellte Fragen zur journalistischen Tätigkeit des „RotFuchs“. Seitens der Redaktion wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Israelische Kommunistische Forum auch in Zukunft mit der Solidarität und Verbundenheit deutscher Kommunisten rechnen könne.

R. F.



Micha Vilner

## Normalisierung oder Wandel durch Annäherung?

# „Tauwetter“ zwischen Nord- und Südkorea

Die Entspannung zwischen Nord- und Südkorea - sie begann vor Monaten mit dem offiziellen Besuch des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung in der KDVR-Hauptstadt - hat nach Jahrzehnten einer zugespitzten Konfrontation beider hier aufeinanderprallender sozialer Systeme einem begrüßenswerten Klima der Verständigung Platz gemacht. Der sozialistische Norden und der kapitalistische Süden - sie betrachten sich als zwei Staaten in einem Land - bauen Brücken der Normalisierung. Nicht nur im übertragenen, sondern auch im unmittelbar praktischen Sinne. Während KDVR-Präsident Kim Jong Il seinen Gegenbesuch in Seoul vorbereitet, sind die Verteidigungsminister beider Seiten unlängst zu wichtigen Gesprächen zusammengetroffen, in deren Verlauf u. a. auch die Mitwirkung militärischer Kräfte bei der Wiederherstellung des Schienen- und Straßenverkehrs über den 38. Breitengrad erörtert worden ist. Dabei wird die menschliche Komponente nicht vernachlässigt: Ersten Begegnungen seit 1950 getrennter Familienangehöriger werden in Kürze weitere Treffen folgen. Zur Gesundung der Atmosphäre gehört auch die Verstärkung des beiderseitigen Warenaustauschs, was Wirkungen auf andere Länder der Region, die an einem intensiveren Handel mit der KDVR interessiert sind, ausübt. Das Auftreten einer

gemeinsamen koreanischen Olympiamannschaft in Sidney sorgte weltweit für Schlagzeilen. Unterdessen ist Nordkoreas Marschall Cho Myong Nok - die Nr. 2 der Nationalen Verteidigungskommission der KDVR - in Washington von Präsident Clinton und Außenministerin Albright empfangen worden.

Was steckt hinter der schrittweisen Überwindung des gefährlichen und explosiven Feindschaftsverhältnisses zwischen Nord- und Südkorea?

Erstens trägt die auf den Frieden und die Sicherheit in Nordostasien gerichtete Politik Pjöngjangs Früchte. Die KDVR war - bei aller Schärfe der Konfrontation, die durch die Anwesenheit atomar bewaffneter USA-Kampfverbände im Süden enorm geschürt worden ist - stets an einer friedlichen Lösung der Koreanischen Frage interessiert.

Zweitens sind in Soul im Ergebnis der letzten Wahlen offenbar jene Kräfte der südkoreanischen Bourgeoisie ans Ruder gelangt, die nicht auf eine Zuspitzung und Verschärfung der Lage, sondern auf Ausgleich und Entspannung setzen. Kim Dae Jung - zweifellos ein Mann des Westens - wurde von den früheren Machthabern scharf verfolgt und wiederholt eingekerkert.

Drittens sind beide Seiten auf eine Entwicklung ihrer ökonomischen und finanziellen

Beziehungen dringend angewiesen. Die KDVR-Landwirtschaft hat nach einer Serie von Naturkatastrophen schwere Einbußen erlitten. Die hochentwickelte Industrie des Südens ist durch die vom IWF und der Weltbank in Szene gesetzte Asienkrise empfindlich gebeutelt worden und braucht dringend neue Märkte.

Was die imperialistischen Mächte betrifft, so betrachten sie die Entwicklung in Korea mit gemischten Gefühlen. Einerseits drängt das Kapital auf den Export von Waren, Dienstleistungen und Krediten nach Nordkorea; realistische Politiker und Geschäftskreise ziehen die Entspannung der Konfrontation vor. Andererseits sieht der Imperialismus in dem innerkoreanischen Annäherungsprozeß Gefahren wie Chancen. Gefahren für ein Zusammenbrechen des im Süden verbreiteten antikommunistischen Feindbildes bei gleichzeitigem Anwachsen des Einflusses der KDVR. Chancen, einen „Wandel durch Annäherung“ herbeizuführen und den sozialistischen koreanischen Staat in der Umarmung zu erdrosseln. Wir kennen das alles aus den Erfahrungen der DDR mit dem Klassenfeind. Und wir sind sicher, daß sich die koreanischen Kommunisten der neuen Möglichkeiten ebenso bewußt sind wie der unveränderten Ziele ihrer Gegner.

R. F.

## Lenins Pariser Wohnung „unter dem Hammer“

# Hué setzt auf Ausverkauf

Das Abgleiten der Führung der Französischen Kommunistischen Partei auf die Seite der Sozialdemokratie ist - wie zu erwarten war - nicht ohne Folgen geblieben. Die FKP beginnt, ihre bisherige politische Autorität in der Gesellschaft zu verlieren. Und dies ist verständlich. Ihren Platz hat schon lange die in Frankreich einflußreiche Sozialistische Partei eingenommen. Und sie erlaubt - bildlich gesprochen - niemandem, in ihr traditionelles Terrain einzudringen.

Der Verlust von Positionen auf der politischen Bühne des Landes hat bewirkt, daß die FKP Robert Hués auf zahlreiche Schwierigkeiten gestoßen ist, darunter auch auf finanzielle. Um ihre materielle Lage irgendwie zu verbessern, ist die FKP-Führung dazu übergegangen, Objekte der Parteimmobilie in klingende Münze umzuwandeln. Natürlich handelt es sich vorläufig noch nicht um den Verkauf des vielgeschossigen Gebäudes des ZK der FKP, das in den 70er Jahren aus Stahl und Beton in einem der Prestigebezirke von Paris hochgezogen worden ist. Aber Hués Leitung hat vor, das Museum „Wohnung Lenins“ in der französischen Hauptstadt preisgünstig zu veräußern.

Ich möchte daran erinnern, daß im Haus Nr. 4 der Rue Marie-Rose von 1909 bis 1912 die russischen Politemigranten W. I. Lenin und N. K. Krupskaja lebten und arbeiteten. Jahre später hat die FKP diese Wohnung gekauft und in ihr ein Museum eingerichtet. Im Laufe der Zeit wurde es von Millionen Besuchern besichtigt. Und jetzt soll es also „unter den Hammer kommen“. Beschämend! Offensichtlich hätte die derzeitige Führung der FKP anders über das verfügen können, was sie als Erbe von ihren Vorgängern erhalten hat. Doch danach zu urteilen, wie sie ihr Verhalten gegenüber der KPRF gestaltet, war das Wohnungsmuseum zum Verkauf verdammt.

Ich möchte nur daran erinnern, daß die Führer der Französischen KP ursprünglich eine Delegation der KPRF zu ihrem jüngsten Parteitag eingeladen, dann aber die Einladung im letzten Moment annulliert hatten. Dabei sind ihrerseits keinerlei eindeutige Erklärungen abgegeben worden.

**Michail Tretjakow**

(Aus: „Prawda“ 19./20. 9. 00)  
Übersetzung: **Eberhard Bock**



GERHARD BENGSCHE  
TERENZ ABT

MEINE REISEN MIT ANNABELLA



Das unterhaltsame und zum Nachdenken anregende Bändchen des Autorendoppels Bengsch/Abt (u. a. „Krupp & Krause“) - beide sind gestandene Leser unserer Zeitschrift - wird allen „RotFuchs“-Freunden zur Lektüre empfohlen.  
Spotless-Reihe Nr. 117, ISBN 3-933544-30-0, Preis 9,90 DM

## Reporterskizzen (28)

## Solveigs Lied

In den Jahren der Portugiesischen Revolution glich die Wohnung des Lissabonner ND-Korrespondenten oft einem Taubenschlag. Journalistenkollegen aus vielen Ländern, reisende Literaten und westeuropäische Polittouristen gaben sich die Klinke in die Hand, baten um Informationen, wollten diskutieren und Details erfahren. So kam der Schriftsteller Harald Hauser mit der sehr speziellen Bitte auf mich zu, ihm „ganz schnell drei oder vier dramatische Situationen“ aufzuschreiben, da er ein Fernsehstück über die Ereignisse

plane, selbst aber nur eine Woche für Recherchen zur Verfügung habe. Eines Tages stand Günter Wallraff, begleitet von seiner damaligen Frau, der Tochter Heinrich Bölls, vor der Tür. Bei einem langen Gespräch äußerte er den Wunsch, sich von mir bis dahin geschriebene Berichte und Reportagen auszuleihen. Ich bekam sie später - etwas rotweingetränkt - von ihm zurück. Im Sommer 1976 - im Landesnorden operierten bereits die bewaffneten Banden des faschistischen Untergrundheeres MDLP, das der in die Schweiz geflohene General Spínola rekrutierte - kehrte der bekannte Verwandlungskünstler mit der Absicht nach Portugal zurück, sich in die Reihen der Konterrevolutionäre einzuschleichen. Er wollte die Spur der Spínola-Getreuen aufnehmen und bis in deren Hauptquartier vordringen. Zu diesem Zweck präsentierte er sich als Beauftragter eines spendierfreudigen Waffenlieferanten aus Bayern. Im Lissabonner ND-Büro bereiteten wir - „Avante“-Direktor António Dias Lourenco, Wallraff und ich - die Reise in den Nordbezirk Braga vor. Kontakte wurden vereinbart, Anlaufpartner festgelegt, mögliche Zugangswege zu den Faschisten erörtert. Dann schlüpfte Wallraff in die falsche Haut. Er nahm tatsächlich die Fährte der Terroristen auf. Als er eine Woche später nach Lissabon zurückkehrte, hatte er das Gefühl, daß sie ihm folgten. Damals explodierten in Portugal ganze Serien von Autobomben. So bat mich der Schriftsteller, ihm vorübergehend meinen Platz in der Tiefgarage unseres Hauses einzuräumen. Der verlässliche Portier wurde beauftragt, das Fahrzeug fest im Auge zu behalten. Später traf sich Wallraff mit MDLP-



Solveig Hansson

Bossen aus dem Umfeld Spínolas in Madrid. Sie überprüften ihn gründlich, ohne etwas Verdächtiges feststellen zu können. Schließlich erhielt er die Genfer Adresse des Generals.

Wallraff wandte sich brieflich an Spínola. Bald traf die Antwort ein. Sie war mit „António Ribeiro“ unterzeichnet, da der Absender António Sebastião Ribeiro de Spínola hieß. Wallraff rief mich aus der „Stern“-Redaktion an und fragte, ob ich eine Originalunterschrift des Generals besorgen könne. Mit Hilfe der Portugiesischen KP ließ sich das regeln. Daraufhin schilderte ich Wallraff telefonisch das Schriftbild. Es stimmte überein. Das Schreiben war echt.

Wochen später traf sich Spínola mit dem Abgesandten des „Waffenhändlers“ und dessen „großem Chef“ - gespielt von einem linken Anwalt - in einem Kölner Lokal. Bei laufendem Tonband gab der General umfangreiche Waffenbestellungen für den MDLP in Auftrag. Wallraff nahm die Kasette dann zu einer Pressekonferenz nach Bonn mit. Die Öffentlichkeit war schockiert. Zwei Tage danach wies die Schweizer Regierung Spínola wegen Verstoßes gegen den Neutralitätsstatus seines Gastlandes aus. Der reingelegte Reaktionär mußte nach Brasilien ausweichen.

Und auch das geschah. Im August 1975 meldeten sich 12 Jusos aus der BRD zu einem Gespräch bei mir an. Sie waren als Abordnung der SPD-Jugendorganisation in das politisch umkämpfte Land geschickt worden, um vor der Presse Partei für den Sozialistenführer Mário Soares und gegen die Kommunisten zu ergreifen. Delegationsleiter Udo war Juso-Vorsitzender an der TU in Westberlin. Aus dem „kurzen Plausch“, den ich zugesagt hatte, wurde eine bis in die Morgenstunden dauernde Debatte. Ihr Fazit: Die meisten Jusos glühten für die portugiesische Revolution. Die ihnen aufgetragene Pressekonferenz fiel ins Wasser.

Am nächsten Tag stellte sich heraus, wer mir die Jusos ins Haus geschickt hatte. Die Schwedin Solveig Hansson - eine erfahrene Kommunistin - war ihnen in der Halle des Hotels „Roma“ begegnet und dabei auf Wissenshunger gestoßen. Sie empfahl ihnen ein Gespräch mit „jemandem“, der die Vorgänge in Portugal von Anfang an verfolgt habe. „Zufällig“

hatte sie meine Adresse zur Hand. Solveig, der ich später noch viele Male - so bei ihrer schwedischen Freundin Maj Bredel, der Witwe des Schriftstellers Willi Bredel - begegnen sollte, war schon zu Beginn der 30er Jahre von der sowjetischen Botschafterin in Stockholm, Lenins alter Vertrauter Alexandra Kollontai, von der Notwendigkeit überzeugt worden, aktiver am Kampf gegen den Faschismus teilzunehmen. Von nun an arbeitete sie für die Komintern. Später trug sie Verantwortung für das Flüchtlingshilfswerk in Schweden, das politisch Verfolgten - vor allem Hitlergegnern aus Nazideutschland - Quartiere, Papiere und Schutz sicherte. So kam sie auch mit dem Spanienkämpfer Richard Stahlmann zusammen. Sie betreute übrigens u. a. Herbert Wehner, der im Auftrag des ZK der KPD nach Schweden geschickt worden war. Solveig Hansson erkundete den Weg, auf dem die deutsche Kommunistin Charlotte Bischof nach Nazideutschland eingeschleust wurde. Später verriet Wehner der schwedischen Polizei die dafür gewählte Route. Bei der Gegenüberstellung gab er auch die Identität seiner Betreuerin preis, während Solveig erklärte, den deutschen Emigranten nie gesehen zu haben. Wehner erhielt zwei Jahre, seine Mitangeklagte neun Monate Gefängnis.

Nach dem Sturz des Faschismus setzte die mutige Frau ihren Kampf in den Reihen der KP ihres Landes fort. Als die Freundschaftsgesellschaft Schweden - DDR gegründet wurde, wählte man sie zur Vizepräsidentin. Heute ist Solveig Hansson Mitglied der pluralistischen Linkspartei, steht aber - wie viele alte Genossen - zu ihren kommunistischen Überzeugungen. Als die 86jährige, rüstig und lebhaft wie eh und je, dieser Tage nach Berlin kam, um alte Freunde zu sehen, war sie auch bei uns. Das Gespräch berührte viele Gemeinsamkeiten. Im Mittelpunkt aber stand der „RotFuchs“, den Solveig und ihre Freunde aufmerksam verfolgten. Sie zeigte sich angetan vom Artikel des früheren Landwirtschaftsministers Dr. Hans Watzek und stellte viele Fragen zu der in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben gedruckten Rede von Ernst Heinz.

Zu meinen Lieblingsmelodien gehört: „Solveigs Lied“ von Edward Grieg - eine der schönsten Kompositionen nord-europäischer Musik. Solveig Hansson - eine große Frauengestalt der schwedischen Arbeiterbewegung - hat auch ihr Lied gesungen. Sie steht für die besten Traditionen proletarischer Solidarität. Ihr erneut begegnet zu sein, ist ein Glück.

Klaus Steiniger

## AM RANDE BEMERKT

□ „Wir hatten keinen blassen Schimmer, daß andere Kämpfe auch etwas bewegen, vor allem eine andere Bewußtseinsform hervorbringen können, etwa ein **solidarisches, antikapitalistisches Bewußtsein**. Angenehm in der DDR war, daß man dort nicht erst um ein Grundverständnis von Solidarität kämpfen mußte. Ich habe mich mit den gesellschaftlichen, mit den moralischen Werten sehr identifiziert. ... Es gab einen gemeinsamen Boden, der angenehm war. Und ich lebte in einem gesellschaftlichen Konsens, der mir viel näher war als der im Westen.“

*Inge Viett im „Freitag“ vom 15. 9. 2000*

□ „**John Reed** starb in den Armen der Revolution, deren Morgenröte er gesehen und in seinen Reportagen beschrieben hat. Und diese Revolution machte den zunächst professionell nüchternen Beobachter und Reporter zu ihrem ergebenen Teilnehmer und Verteidiger. Reed starb als Revolutionär.“

Diese Worte über den vor 80 Jahren, am 17. Oktober 1920, verstorbenen US-amerikanischen „Reporter der Oktoberrevolution“ fand James Aldridge; sie werden zitiert in Sawwa Dangulows biographischen Reportagen „Fünfzehn Wege“ (Verlag der Nation, Berlin 1980).



Sein noch heute unentbehrliches Buch über den Roten Oktober „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ erschien erstmals 1922 in deutscher Übersetzung im Verlag der Kommunistischen Internationale. Die Einbandzeichnung im Stil der russischen Avantgarde (s. Abbildung) ist heute nicht mehr so bekannt wie die Fotomontage von John Heartfield auf dem Schutzumschlag der DDR-Ausgabe, die – erstmals 1957 erschienen – im deutschsprachigen Raum eine große Verbreitung fand. Im Nachwort

von B. Reinstein zur deutschen Ausgabe von 1922 heißt es: „John Reed, der Vorkämpfer und Führer des Kommunismus in Amerika, ist tot. ... In den Herzen der Millionen amerikanischer Proletarier, denen er mit seiner großen Begabung und mit großem Erfolg die Lehren der russischen Revolution und die Grundsätze des Kommunismus erklärte, wird die Liebe zu ihm nie verlöschen.“

Lenin schrieb im Vorwort zur amerikanischen Ausgabe von 1920: „Mit dem größten Interesse und unausgesetzter Aufmerksamkeit las ich John Reeds Buch ‚Zehn Tage, die die Welt erschütterten‘. Ohne Einschränkung empfehle ich es den Arbeitern der Welt. Dies ist ein Buch, das ich in Millionen von Exemplaren verbreitet und in alle Sprachen übersetzt wissen möchte. Es gibt eine wahrheitsgetreue und äußerst lebendige Darstellung der Ereignisse, die für das Verständnis der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats von größter Bedeutung sind. Diese Probleme werden gegenwärtig gründlich diskutiert, aber bevor man diese Ideen annimmt oder verwirft, muß man die ganze Bedeutung einer solchen Entscheidung begriffen haben. Ohne Zweifel wird John Reeds Buch zur Klärung dieser Frage beitragen, die das Grundproblem der internationalen Arbeiterbewegung ist.“

**Buch-Tips:** John Reed: Stationen meines Lebens. Eine Anthologie. Dietz-Verlag, Berlin 1977. 306 S., Abb.

John Reed: Mexiko in Aufruhr. Dietz-Verlag, Berlin 1977. 358 S., Abb.

Harald Wessel: John Reed. Roter Reporter aus dem Wilden Westen. Biographische Reisebriefe. Verlag Neues Leben, Berlin 1979. 382 S., Abb.

□ Geboren am 20. 10. 1925 im württembergischen Hechingen, 1933 Emigration in die Schweiz und nach Frankreich, 1934 nach Moskau, Besuch der Karl-Liebknecht-Schule bis 1937, 1942 Einberufung zur Roten Armee, 1945 erster sowjetischer Stadtkommandant in Bernau, Korrespondent, Kulturreferent, Referent für Jugend-erziehung, 1949–55 Regiestudium in Moskau, Regisseur, 1956–60 Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst: Stationen auf dem Lebensweg von **Konrad Wolf**.

„Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß der Antifaschismus und besonders die antifaschistische Kunst einer stetigen Erneuerung bedürfen.“ „Die Bestrebungen, die Menschen fähig zu machen, die Umwelt zu erkennen und geistig zu durchdringen, ihr eigenes Leben bewußt zu leben und zu lenken, müssen meines Erachtens von der Kunst – vielleicht sogar in erster Linie von ihr – ständig in interessanter Weise gefördert werden.“

Ein Credo Konrad Wolfs, ein Ideal, dem er zeit seines Lebens versucht hat, möglichst

nahe zu kommen. Seine Filme – vor allem „Genesung“ (1956), „Lissy“ (1957), „Sonnensucher“ (1958), „Sterne“ (1959), „Leute mit Flügeln“ (1960), „Professor Mamlock“ (1961), „Der geteilte Himmel“ (1964), „Ich war neunzehn“ (1969), „Goya“ (1971), „Der nackte Mann auf dem Sportplatz“ (1974), „Mama, ich lebe“ (1977), „Solo Sunny“ (1980) und der 6-teilige Dokumentarfilm „Busch singt“ (dessen Fertigstellung Wolf nicht mehr erlebt hat) – sind dafür der anschauliche Beweis. Durch ihren politischen, ideellen wie ästhetischen Gehalt haben sie nicht nur die DEFA-Geschichte um wertvolle Kapitel bereichert, sondern auch international für Aufsehen und Anerkennung gesorgt und sich nachhaltig ins Bewußtsein vieler Generationen eingepreßt.

Der am 7. 3. 1982 verstorbene Regisseur und Präsident der Akademie der Künste der DDR (1965–82) hätte am 20. 10. seinen 75. Geburtstag feiern können. Ehren wir ihn, indem wir sein Werk lebendig erhalten!

□ „*Der Traum des Kindes ist der Frieden. Der Traum der Mutter ist der Frieden. Die Worte der Liebenden unter den Bäumen, das ist der Frieden.*“

„*Der Kommunismus ist die Jugend der Welt, er ist die Freiheit und die Schönheit der Welt.*“

... unvergängliche Verse von **Jannis Ritsos** (1. 5. 1909–12. 11. 1990) aus seinen Gedichten „Der Frieden“ bzw. „Der Mann mit der Nelke“ (Nikos Belojannis). Der vor zehn Jahren verstorbene griechische Dichter war Büroangestellter in Athen, später Korrektor, Schauspieler, Tänzer und Regisseur. Seit 1931 Mitglied der kommunistischen Bewegung und 1940/41 Kämpfer im griechischen Widerstand, nach dem Krieg jahrelang eingekerkert, nach dem Militärputsch 1967 erneut verhaftet, gefoltert und verbannt. 1978 erhielt er den Lenin-Friedenspreis. Er verfaßte mehr als vierzig Gedichtbände, außerdem Dramen, Prosawerke, Übersetzungen und publizistische Arbeiten. Zahlreiche seiner Gedichte wurden von Mikis Theodorakis vertont. In der DDR erschien u. a. 1970 der Lyrikband „Die Wurzeln der Welt“, (Verlag Volk und Welt). Der Name Jannis Ritsos ist in einem Atemzug zu nennen mit Louis Aragon, Rafael Alberti und Pablo Neruda. Filmfreunde seien hingewiesen auf den Dokumentarfilm „Ein Traum von Leben und Brot – Jannis Ritsos und sein Griechenland“ (WDR, 1987).

W. M.

## Briefe an „RotFuchs“



Nach dem Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Weißensee, dem Kulturhaus „Peter Edel“ diesen Namen abzukerkeln, klären sich die Fronten. Der Kampf um diese Einrichtung hat eine lange Geschichte. Von der Stilllegung in Etappen - Großer Saal, Gaststätte, Pleiten der Betreiber usw. -, die sie trotzdem überlebte, treten wir nun in eine neue Phase der Auslieferung des Kulturhauses an künftige Besitzer ein. Das Gebäude ist in seiner Lage am Weißen See ein Filetstück. Jedem potentiellen Investor läuft da das Wasser im Mund zusammen. Ist die Immobilie erst einmal namenlos, wird damit die Öffentlichkeit ausgeschaltet.

Das Pharisäerhafte besteht darin, daß die auf Namensaberkennung drängenden Einbringer das Wort Kommunist nur über die Lippen brachten, um einen Kommunisten zu verunglimpfen. Ungebeten „verteidigten“ sie zwei nach Kommunisten erfolgte Benennungen, um den Namen eines dritten - den Peter Edels - tilgen zu können. Der Haß macht selbst vor Toten nicht halt.

Zum ganzen Vorgang schweigt die Jüdische Gemeinde. Denn Peter Edel war ja nicht nur Jude, sondern auch Kommunist. Eine Reaktion von ihrer Seite ist mir nicht bekannt. Es wäre furchtbar, wenn eines Tages auch der Name des Juden und Kommunisten Herbert Baum verschwinden würde und sein Grab namenlos wäre.

**Dr. Martin Dressel,**  
ehemals PDS-Fraktionsvorsitzender in der BVV Weißensee

Erstens ist mir so, als sei wieder mal etwas Futter fällig, zumal sich ja unmittelbar vor Eurem „Bau“ recht unappetitliche Dinge zugetragen haben. Deshalb stehe ich in Eurem Streit mit Essen selbstredend auf Eurer Seite, wiewohl ich beide Daumen drücke, daß sich die DKP nicht auch noch zerfranst. (...) Zweitens nehme ich an, daß die Vorgänge im Berliner Bezirk Weißensee um die Tilgung des Namens Peter Edel besonders Dr. Dressel sehr berührt haben dürften. Aus diesem Grunde bitte ich Euch, ihm meinen Leserbrief vom 15. 9. an das ND zur Kenntnis zu geben und ggf. Auszüge bei Euch zu veröffentlichen.

Getreu dem Motto „So wie die Großen greinen, so keuchen auch die Kleinen“ ist es wieder einmal der Weißenseer Bezirksverordnetenversammlung gelungen, Berlin nicht nur zum Gespött, sondern auch zum Tatort zu machen. War es vor noch nicht allzu langer Zeit der ehemalige Vorsitzende der PDS-Fraktion, Dr. Martin Dressel, der erfahren mußte, mit welchen Wadenbeißern das Bezirksparlament bestückt ist, so gingen diese Leute als CDU- und SPD-Vertreter Peter Edel heute aber-

mals ans Leben, nämlich ans Weiterleben im öffentlichen Bewußtsein.

Womöglich werden die Treptower Abgeordneten, die sich ihrer „kommunistisch klingenden“ Straßenschilder entledigen wollen, Morgenluft wittern und demnächst zum Sammeln blasen. Keine Frage, welcher Geist da regiert. Aber soll es nur den Älteren vorbehalten sein, angesichts dessen zu denken: Erst haben sie die Kommunisten niedergemacht, dann die Juden und wenn's den Sozialdemokraten ans Leder geht, könnt' es vielleicht schon wieder zu spät sein?

**Torsten Preußing, Berlin**

Als nunmehr schon seit einiger Zeit begeisterter Leser des „RotFuchs“ möchte ich mich auch im Namen meiner Frau Inge sehr für die fundierte Gestaltung der Zeitung bedanken. Besonders die theoretischen Themen haben es uns angetan. Solche Beiträge wie „Nüchterne Vergleiche“, „Lenin über Einheitsfronttaktik“ (Juli 2000) findet man in anderen linken Zeitungen sehr selten. Unsere kleine Spende soll dazu beitragen, auch weiterhin eine so interessante marxistisch-leninistisch orientierte Zeitung herauszubringen.

**Prof. Dr. Roland Kalthoff,**  
Bad Saarow-Pieskow

Der „RotFuchs“ ist eine hochaktuelle gelungene linke Zeitung. Besonders erfreut bin ich darüber, daß Ihr kritisch und parteilich die Probleme benennt, ohne viel Drumherum. Meine Ansichten finde ich in vielen Beiträgen bestätigt.

**Karl Rehbaum, Bischofrode**

Als Reaktion auf den Brief Heinz Stehrs (RF 31), in dem er erneut die Gruppe Nordost aufforderte, den „RotFuchs“ von der DKP abzukoppeln, gab es erfreulich viele Leserbriefe, die sich gegen dieses Ansinnen wandten. Ein nicht geringer Teil unserer Sympathisanten bringt nicht nur im „RotFuchs“, sondern auch in persönlichen Gesprächen zum Ausdruck, daß er längst Mitglied der DKP geworden wäre, wenn die Gesamtpartei die Positionen des „RotFuchs“ teilen würde. Das kommt zum Beispiel in der Leserzuschrift des Genossen Ernst Heinz zum Ausdruck.

Ich kann die Vorbehalte dieser Genossen verstehen, habe ich sie doch selbst. Schon vor Jahren verließ ich die PDS wegen ihrer negativen Entwicklung, was ich heute mehr denn je als richtige Konsequenz empfinde. Ich bin den Schritt gegangen, den zu tun nicht wenige unserer Sympathisanten noch zögern. Seitdem habe ich mehr als einmal mit dem Gedanken gespielt, die DKP wieder zu verlassen, wie das andere taten, deren Kraft nicht ausreichte, innerparteiliche Querelen zu übersteuern und gemeinsam mit uns den richtigen Weg zu beschreiten. Und zwar von innen und nicht von außen, wie Gerhard Müller aus Neubrandenburg schreibt. Dies ist ein Grund, weshalb ich bleibe.

Ein zweiter wichtiger Grund ist, daß ich es falsch fände, die Genossen allein zu lassen, die in den prinzipiellen Auseinandersetzungen am standhaftesten sind. Deshalb wende ich mich an unsere Sympathisanten: Auch wenn die Gruppe Nordost nicht das Spiegelbild der Gesamtpartei ist oder gerade weil sie es noch nicht ist, wäre es sicher einer Überlegung wert, unsere Reihen zu stärken. Gemeinsam schwimmt es sich besser gegen den Sturm! Denkt noch einmal darüber nach, ob Ihr den Schritt zur DKP nicht doch tun wollt.

Die Euch diese Gedanken anträgt, ist Nachkriegskind und hat von den Ihren, die in Konzentrationslagern die besten ihrer Jahre verbringen mußten, gelernt, daß nur eine starke und einheitliche Kraft verhindern kann, daß ihre Enkel erleben müssen, was unsere Eltern nicht abwenden konnten.

**Monika Kauf, Berlin**

(...) Den August-„RotFuchs“ fand ich ganz ausgezeichnet. Für sehr gut halte ich den Artikel Bernhard Majorows zur Organisationsform der Kommunisten in Deutschland, auch wenn es darüber einigen Ärger geben dürfte. Aber die Debatte um unsere Verfaßtheit ist m. E. notwendig und dafür, mit solchen Überlegungen begonnen zu haben, gebührt Euch hohe Anerkennung. Wir haben bei „offensiv“ schon einige Male daran gedacht, aber - ich sage es ganz ehrlich - uns nicht getraut. Nun habt Ihr die Tür geöffnet, und ich hoffe, daß das Thema (nicht nur von Euch) weiterbewegt werden wird.

**Frank Flegel, Hannover**

Als 78jährige lese ich begeistert immer wieder den „RotFuchs“. Ich war 23 Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. Ich wurde Mitglied der SED, qualifizierte mich und trat immer für unser gesellschaftliches System ein. Als die Konterrevolution siegte, fielen wir in ein tiefes schwarzes Loch. Mein Mann, ein ehemaliger Widerstandskämpfer, kam bis zu seinem Tode nicht darüber hinweg, daß die Partei an vielen Stellen versagt hat. Bis 1997 war ich Mitglied der PDS, erklärte dann enttäuscht nach fast 50jähriger Parteizugehörigkeit meinen Austritt.

Der „RotFuchs“ gibt mir mit seinen Artikeln wieder Kraft, denn er schreibt für uns, die wir Argumente brauchen. Wäre ich jünger, hätte ich mich der DKP angeschlossen. Wenn ich allerdings lese, was Heinz Stehr zum „RotFuchs“ meint, hätte ich davon abgesehen. Nicht der RF hält Leute vom Eintritt ab, sondern die Einstellung des Vorsitzenden der DKP.

(...) Ich übermittle etwas „Futter“.

**Erika Bach, Berlin**

... wenn führende Vertreter der DKP vor Mitgliedern aus dem Osten erklären, künftiger Sozialismus möge hoffentlich besser werden als der vergangene“, so können sie sich dabei auf ein historisches Vorbild berufen: Wir müssen den Realsozialismus so

betrachten, wie Marx die Pariser Commune. Gerade wenn uns sein Andenken teuer ist, darf der nächste Versuch nicht wieder so aussehen. Nun weiß man leider nicht so genau, in welcher Hinsicht die führenden Vertreter der DKP den künftigen Sozialismus besser wünschen, und ob sie nicht gerade das „verbesserungs“würdig finden, was uns am teuersten ist, die Härte und Unversöhnlichkeit gegen den Klassenfeind. (...)

Nicht daran ist der Realsozialismus gescheitert, sondern eher daran, daß er vor Lenins Alternative versagt hat: Die Produktivität des Kapitalismus überholen oder untergehen! Woher hatte Lenin die Überzeugung, daß so eine Produktivkraftentwicklung unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz möglich sein könnte? Einmal ist dieses Ziel erreicht worden, im Krieg gegen den deutschen Faschismus, als das ganze Sowjetvolk mobilisiert werden konnte, als Millionen ihre ganze Kraft in die Waagschale geworfen haben, um ihrer Seite zum Sieg zu verhelfen. Wenn ein solches Massenbewußtsein damals möglich war und später nicht mehr, so ist es offenbar eine Frage des ideologischen Kampfes, in der Ökonomie zu siegen. In dieser Richtung müssen wir unsere theoretische Arbeit orientieren und dürfen uns die Schwächen und Fehler des Realsozialismus nicht schönreden. Noch einmal Lenin: Das Verhalten einer Partei zu ihren Fehlern ist ein wichtiges Kriterium für die Ernsthaftigkeit ihrer Arbeit.

Anbei ein kleiner Beitrag zu Euren Kosten.  
**Fritz Dittmar, Hamburg**

Der 32. „RotFuchs“ ist ganz ausgezeichnet, sehr lehrreich. Gut der Bericht über Eure Mitgliederversammlung. Wo gibt es in der DKP noch so ein Parteilieben? Wir warten auf die Nummer 33.

**Gerhard Müller, Neubrandenburg**

Aus Anlaß des sogenannten Tages der deutschen Einheit übersende ich Euch Kopien von Dokumenten, die für sich sprechen. Sie beweisen, daß in den 50er Jahren wahrhafte Patrioten, die für die Einheit Deutschlands eintraten, im Rechtsstaat BRD inhaftiert und verurteilt wurden. Sie sind bis heute nicht rehabilitiert. Auch ich war einer der Betroffenen. Eintreten für die Einheit Deutschlands wurde damals als „Staatsgefährdung“ geahndet. Macht weiter so! Anbei ein kleiner Beitrag von meiner Frau und mir zum weiteren Gelingen.

**Hans-Joachim Pantke, Tollwitz**

Unser verstorbener Genosse Karl Hertel ist noch mit uns: Im Einverständnis mit seiner Familie haben wir den Beschluß gefaßt, ein bei uns vorhandenes Depot für seine bis Jahresende anstehenden Verpflichtungen als Spende zu verwenden. Diese 95 DM will unsere Gruppe mit einem Zuschlag dem „RotFuchs“ zukommen lassen. Das könnt Ihr als eine Sympathiebekundung

für die von Euch vertretene Position betrachten. Ein Scheck über 120 Mark geht mit gleicher Post an Euch ab.

**Alfred Lehmann, DKP-Gruppe Dessau**

Zu wünschen ist, daß der Beitrag, der von Euch kommt, von wachsender Bedeutung wird. Ihr seid ein Sonderfall. Euch gibt es nur einmal, woanders erscheint Ihr nur in Personen. In letzter Konsequenz wird sich die Sache allein über die Theorie verteidigen, verbunden mit höherer Einsicht in die Praxis. (...)

**Hermann Jacobs, Berlin**

Im Zusammenhang mit Rechtsextremismus fand ich folgenden Text in „Soziologie der Persönlichkeit“ von I. S. Kon: „... Der Mensch, der den Glauben an den Verstand verliert und keinen Weg zur rationalen Lösung seiner Probleme sieht, fällt aber unweigerlich in Verzweiflung, die, wie Lenin schrieb, ‘denjenigen eigentümlich ist, die die Ursachen des Übels nicht begreifen, die keinen Ausweg sehen’. Typisch für ihn ist das Gefühl der Hilflosigkeit und Verwirrtheit, der Angst und Verbitterung. Auf individualpsychologischer Ebene resultieren daraus Neurosen, auf sozialer Ebene aber kommt es zur spontanen anarchischen Auflehnung gegen alle und jede gesellschaftlichen Normen, gegen soziale Disziplin und Organisation als solche. Eben das erklärt den sinnlosen Vandalismus und das katastrophale Ansteigen der Kriminalität, namentlich unter der Jugend, das die westlichen Soziologen so stark beunruhigt.“

Nach meiner Auffassung kann der Rechtsextremismus nur im Zusammenhang mit der Lösung des Grundwiderspruchs dieser Gesellschaft überwunden werden. Unsere Aufgabe als Kommunisten sollte es sein, vermehrt um die Köpfe der arbeitenden Menschen zu kämpfen.

**Wilhelm Pfitzner, Wichsenstein**

Ich empfehle, mit der Bezeichnung Kommunist sparsamer umzugehen. Als ich im RF 31 den Brief des Genossen Dr. Paulig aus Schwerin las, kam ich nicht umhin, über unsere Situation im Umfeld der Parteigruppe Halle-Merseburg nachzudenken. Es gibt eine relativ große Zahl von Genossen, die gern mit der Meinung, sie seien Kommunisten, uns gegenüber auftreten. Spricht man sie aber an, in diesem Sinne als Nichtmitglieder der Partei oder auch innerhalb der DKP aktiv zu werden, stellt sich bald das berühmte „Aber“ ein. Manche begründen ihre Zurückhaltung auch damit, sie kämen mit der Linie des Parteivorstandes nicht klar. (...) Doch nur durch unsere Stärke werden wir dazu in der Lage sein, unsere marxistisch-leninistischen Vorstellungen besser durchzusetzen. Wäre es für einen Kommunisten nicht angebracht, zur Veränderung kritikwürdiger Dinge in der Partei selbst einen Beitrag zu leisten, statt am Rande kluge Sprüche zu klopfen? Mit dem Begriff Resignation läßt sich so

manches kaschieren. Auch ideologische Positionen. Die Niederlage hat uns alle getroffen. Aber darf ein Kommunist zehn Jahre lang in Resignation verfallen? Hier offenbaren sich nach meiner Auffassung tiefgreifende Zweifel an der historischen Sieghaftigkeit unserer Idee. Der permanente Antikommunismus hinterläßt eben bei so manchem seine Spuren. Stehen wir als Kommunisten nicht als erste in der Verantwortung, nachdem die DDR 1989 der Konterrevolution kampf- und kopflos preisgegeben wurde, alles zu tun, um unseren Nachkommen wenigstens elementare Voraussetzungen für den Kampf um eine neue Gesellschaft zu erstreiten?

Ich würde Genossen, die nicht aktiv eingreifen, eher als solche bezeichnen, die der kommunistischen Idee nahestehen oder mit ihr sympathisieren. Kommunist zu sein, bedeutet für mich mehr.

**Michael Kommol, Halle**

Liebe Leute vom „RotFuchs“, seit einer Veranstaltung mit Karl-Eduard von Schnitzler schickt Ihr mir die Zeitung regelmäßig zu. Das ist schön, um so mehr, als sie nix kostet. Natürlich hab ich ein schlechtes Gewissen, was eine Spende angeht. Die wird sicher in nächster Zeit folgen, wenn die Finanzen bei mir nicht mehr so angespannt sind.

Der „RotFuchs“ ist für mich, um es ehrlich zu sagen - mehr produktives Ärgernis als Leib- und Magenblatt. (...) Ich sehe bei Euch den Marxismus vom Leninismus erdrückt. Statt radikaler marxistischer Wertkritik schreibt Ihr ostdeutsche Heimattümelei; statt klar gegen das fette Deutschland Position zu beziehen, ist bei Euch ein Artikel gegen nationalen Nihilismus zu lesen; statt antifaschistischer Nachrichten ellenlange Wiedergaben von Parteitagen. Mit Verlaub: Damit jagt man dem krisenhaften Kapitalismus keinen Schrecken ein.

Ich wäre schon weiter in meiner Verzweiflung, wenn es da nicht die glänzenden, glasklaren Polemiken von Schnitzler gebe, den ich seit seinen Kanal-Zeiten (die einzig interessante Sendung in einem stinklangweiligen DDR-Fernsehen) schätze. (...) Also: Ärgert mich bitte weiter. Auf alle Fälle lese ich Euch aufmerksam.

**E-Mail von Mausebär aus Leipzig (Der wirkliche Name ist der Redaktion bekannt)**

Ist man aus gut-verfaßtem Hause, so legt man feine Sitte auch in der Barbarei nicht ab: „Unser sozialistisches Vaterland... Wir dienen als Patrioten“. Womöglich sollte man das Kristall und das gute Geschirr aus der Reichweite der Barbaren bringen, die den Heimatbegriff zu menschenfeindlichen Zwecken benutzen. (...) Ich beziehe mich auf den hervorragenden Artikel „Pyrrhussieg“ und die Seiten 10 und 11 der August-Nummer, welche ich mit größtem Interesse las.

Aus einem gut-verfaßten Hause bin ich nie gewesen und so sind mir der vaterlandslose

freundliche Titel. Ein nationaler Nihilismus kommt mir schon heimatlich vor - der Alltag löst mit Häme und Hetze jede Vorstellung einer Gemeinsamkeit in heftiger Säure auf. (...) Allergrößten Dank für Eure bitter nötige Zeitung. Hoch lebe die Gruppe Berlin Nordost!

**Ursula Siegmayer, Pforzheim**

Wegen seines hohen Informationsgehaltes und seiner treuen Parteilichkeit habe ich es mir zur angenehmen Aufgabe gemacht, den „RotFuchs“ zu studieren und nicht nur zu lesen. Doch beim Studium der Nr. 32 (S. 19) glaubte ich meinen Augen nicht zu trauen. Dem „RotFuchs“ wurde „Schädlichkeit“ unterstellt und „Abkoppeln von der DKP“ empfohlen. Wer solche Überlegungen anstellt, schwächt die Solidarität der Linken. Als Marxist und „Volksarzt“ wünschte ich mir vielmehr, daß der „RotFuchs“ wöchentlich erschiene. Vielleicht sollten die Redakteure anderer Zeitungen mit ähnlichem Inhalt über eine engere Kooperation mit dem RF nachdenken.

Damit die Leser auch in Zukunft eine gute geistige Kost geboten bekommen und der „RotFuchs“ weiterleben kann, als Ausdruck meiner Solidarität ein kleines Finanzfutter.

**MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas, Berlin**

Eure Zeitung bedeutet für uns immer wieder eine wesentliche Orientierung. Auch die brisantesten Themen greift Ihr auf und erhellt verworrene Hintergründe.

Anbei eine Spende von 20 DM.

**Erika und Wolfram Lebede, Weimar**

Mich hat der Artikel des Genossen Eberhard Bock im September-„RotFuchs“ interessiert. Ich glaube, er hat recht. Manchmal können auch sehr gute, erfahrene Genossen bestimmte Inszenierungen des Gegners nicht sofort durchschauen. (...)

Was Karl-Eduard von Schnitzlers Beitrag betrifft, so habe ich den Eindruck, daß er die Ehrung der sowjetischen Kriegshelden durch Putin würdigen wollte - ein Vorgang, der zunächst einmal positiv zu werten ist.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

Durch Vermittlung eines Freundes und Genossen erhielt ich von Euch die „RotFuchs“-Ausgaben 30 und 31. Herzlichen Dank dafür. Ich hoffe, von nun an ständiger Bezieher der Zeitung sein zu können. Ich übermittle Euch eine Spende von 50 DM. Mehr ist mir als Strafrentner nicht möglich.

**Heinz Geyer, Dahchwitz-Hoppegarten**

Dem „RotFuchs“ solidarische Grüße aus dem „Anderen Nürnberg“.

**Hanne List, Nürnberg**

Vielen Dank für die Übersendung Eurer Zeitschrift. Wir freuen uns schon auf die

nächste Ausgabe. Anbei eine Briefmarkenspende von 55 DM.

**Hubert und Ilona Hunold, Berlin**

Jede Ausgabe des „RotFuchs“ ist hochinteressant und wird immer mit Spannung entgegengenommen. Danke für die große Mühe und das Engagement. Anbei eine Briefmarkenspende von 30 DM.

**Dietrich und Käthe Eglar, Geithain**

Ich übermittle Euch meine Spende für Druckkosten und Versand. Danke für all Eure Mühe. Wenn Ihr mal Hilfe braucht, ich könnte mich engagieren, obwohl ich nicht immer inhaltlich mit allem einverstanden bin.

**Rudolf Janert, Berlin**

Wieder eine Spende für den „RotFuchs“. Weiterhin solchen Erfolg!

**Klaus E. Schneider, Schöneiche**

Die Stellungnahme Eurer Gruppe zum Brief von Heinz Stehr erschien mir logisch und „wasserdicht“. Aber die Gruppe ist nur ein Teilsystem und hat infolge ihrer Größe weniger Aussicht, ein/das Ziel zu erreichen als die gesamte Partei. Müßte man da nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner mit dem PV suchen? (...) Natürlich las ich in „Was tun?“ Lenins Warnung, lieber heute die Wahrheit auszufechten, was vielleicht Wochen oder Monate dauert, als einen Fehler/eine Ungenauigkeit zu dulden, die dann die revolutionäre Arbeit um Jahre zurückwirft. Ich glaube aber, daß sich Lenin damals - zu Beginn des 20. Jahrhunderts - auf einen relativ höheren Mitgliederanteil in der Partei stützen konnte als es Eure Gruppe derzeit vermag. Und wenn Ihr auch viel mehr Leser im Osten habt als die UZ, so sind sie doch nur zum geringen Teil in der DKP aktiv, meistens gehören sie ihr nicht einmal an, wie zum Beispiel ich selbst.

Übrigens hatte ich bei der UZ in einem Leserbrief nach den Gründen gefragt, warum der Berliner Bezirksvorsitzende und Parteitag delegierte Reiner Vollradt in sei-

nem Bericht über die Entwicklung der DKP in der Hauptstadt den „RotFuchs“ nicht erwähnt hat. Noch erhielt ich keine Antwort.

Vielleicht könnt Ihr von Euch aus dem PV ein „Minimalprogramm“ vorschlagen, auf das sich die DKP für ihr unbedingt notwendiges Auftreten in der Öffentlichkeit einigen sollte. Man könnte doch auch die Schwerpunkte in Ost und West jeweils anders setzen. (...)

Ich sehe für Kommunisten in der PDS keine Perspektive. Anstatt sich durch Brie & Brie, Gysi und andere langsam weichkochen zu lassen, könnten sie in der DKP oder als deren Sympathisanten mithelfen, eine Alternative zu vermitteln.

In der Vorfreude auf die nächste Ausgabe Eurer Gruppenzeitung

**Manfred Fischer, Berlin**

Allen „RotFüchsen“ einen herzlichen Gruß von unserer Reise nach Tirol. Auf einem hiesigen Friedhof ohne Tote (!) - eine Kuriosität des Alpenlandes - sah ich die folgenden beiden Grabinschriften:

Hier ruhet Jungfer  
Vollebrandt,  
Deren Vater unbekannt.  
Es ist zwar schrecklich  
aber wahr,  
Weil der Kaplan ihr  
Vater war!

Hier lieget Doktor  
Grimm  
Und die er heilte, neben  
ihm!

Euer dankbarer Leser des famosen „RotFuchs“.

**Günther Ellguth, Potsdam**

*Wir benutzen die Gelegenheit, Dir lieber Günther - einem gestandenen Journalisten - ganz herzlich zum 80. Geburtstag zu gratulieren.*

*Deine „RotFuchs“-Redaktion*

**Grafik: Herresbach**





Lieber Genosse  
**Bruno Laub!**

Mit Deinen 98 Jahren bist Du nicht nur der Nestor, sondern auch ein Wahrzeichen der Berliner DKP. Deine Gesundheit muß wieder auf feste Füße gestellt werden. Dazu drücken wir Dir die Daumen. Die DKP Nordost und die „RotFuchs“-Redaktion fühlen sich mit Dir eng verbunden.

Herzliche Glückwünsche gehen in die Karlshorster Ehrlichstraße. Am 4. 11. 2000 vollendet **Prof. Dr. Hanfried Müller** - ein dialektischer Theologe und konsequenter Verfechter der sozialistischen Idee - sein 75. Lebensjahr. Ohne ihn und seine Frau Rosemarie wären die „Weißenseer Blätter“ - eine mutige, hervorragend redigierte und Klugheit ausstrahlende Publikation der deutschen Linken - undenkbar. Sie werden auch in Zukunft gebraucht!

Wir spielen auf für unsere Geburtstagskinder **Dietmar, Gerda, Martin** und **Werner**. Einen besonderen Gruß dem Genossen **Walter Wiggers** zum doppelten Feiertag: seinem 68. Wiegenfest und dem 50jährigen Parteijubiläum!

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:  
**8. Oktober.**

Die nächste Ausgabe wird am  
**8. November** abgeschlossen.

## TERMINE & VERANSTALTUNGEN

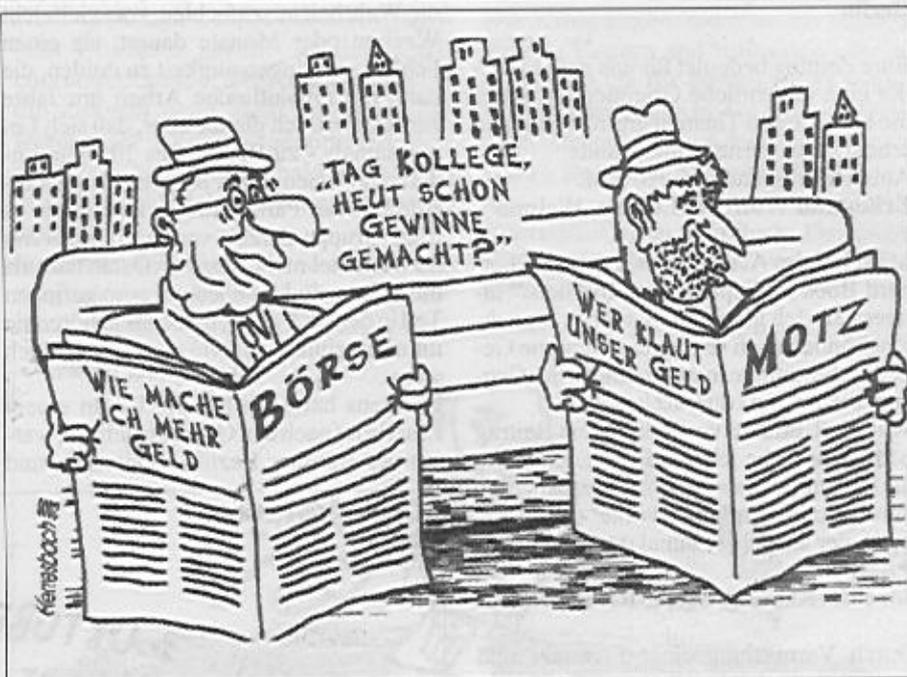
Die DKP-Gruppe Berlin Nordost lädt für den **28. November 2000, 18.00 Uhr (Neue Anfangszeit bitte beachten!)** Mitglieder, Sympathisanten und Interessenten zu einer Veranstaltung in den „Blauen Salon“ des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz ein. Die Kunstkritikerin Katja Holst, Osnabrück, gestaltet ein Programm zum **100. Geburtstag** der Kommunistin und Literatin **Anna Seghers**.

Wir laden noch einmal zu der gemeinsamen **Konferenz** von „RotFuchs“ und „offensiv“ „Imperialismus und anti-imperialistischer Kampf im 21. Jahrhundert“ ein, die am **28. 10. 2000 um 10.30 Uhr** im Veranstaltungssaal der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Franz-Mehring-Platz 1 beginnt und am **29. 10. ab 9.00 Uhr** fortgesetzt wird. Große internationale Beteiligung. Profilierte Referenten. Möglichkeit zu freier und schöpferischer Diskussion. Rechtzeitiges Kommen sichert Plätze!

### Veranstaltungen des Marx-Engels-Clubs der Berliner DKP:

**1. 11. 2000, 19.00 Uhr, Werner Eberlein** liest aus seinem Buch „Geboren am 9. November“

**15. 11. 2000, 19.00 Uhr, Botschafter a. D. Rolf Berthold** spricht über das Thema: „Chinas Stellung in der Welt“. Um rege Teilnahme wird gebeten.



### IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost  
REDAKTEUR (ViSDP):  
**Dr. Klaus Steiniger**  
Teterower Ring 37  
12619 Berlin  
Tel. (030) 56 13 404  
LAYOUT: K. Uwe Langer

### STÄNDIGE MITARBEITER:

**Lena und Kurt Andri,**  
**Eberhard Bock**  
**Matthias Bublitz**  
**Wolfgang Clausner**  
**Dr. sc. Gerhard Feldbauer**  
**Arno Fleischer**  
**Walter Florath**  
**Ernst Heinz**

**Heinz Herresbach**  
**Werner Hoppe**  
**Prof. Dr. Ulrich Huar**  
**Dieter Itzerott**  
**Monika Kauf,**  
**Gerda Klubuhn**  
**Prof. Dr. Elke Kopf**  
**Wolfgang Metzger**  
**Dr. Annemarie Mühlefeldt**  
**Frank Mühlefeldt**

**Armin Neumann**  
**Dr. Norbert Pauligk**  
**Rainer Rupp**  
**SHAHAR**  
**Harry Schmitt †**  
**Karl-Eduard v. Schnitzler**  
**Dr. Hartwig Strohschein**  
**Herbert Thomas**  
**Dr. Ing. Peter Tiehauer**  
**Rolf Vellay**

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.